

40 Jahre EDU Schaffhausen

Ein (unvollständiger) geschichtlicher
Rückblick

Gründung der EDU Schaffhausen

1985 27. April

Gründung der EDU-Schaffhausen im Restaurant Mohrenkopf, Webergasse 12, Schaffhausen unter der Leitung von **Werner Scherrer** (Präsident der EDU Schweiz).

Präsident: **Egon Thommen**

Vizepräsident: **Arthur Volken**

Sekretär: **Urs Sigrist**

Kassier: **Peter Kocher**



Gründungsdokument der EDU Schaffhausen

Samstag, 27. April 1985

Restaurant Mohrenkopf
Webergasse 12
Schaffhausen

PROTOKOLL *****

DER GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG DER EDU des Kt. Schaffhausen
Samstag, 27. April 1985 im Mohrenkopf-Restaurant, Webergasse 12

Beginn 16.00 h, Ende 17.30 h

Anwesende Personen: W. Scherrer aus Thun
Thomen Egon, Volken Arthur, Kocher Peter und Sigrist Urs

I. Konstituierung des Vorstandes

Präsidium: THOMEN Egon
Vizepräs.: VOLKEN Arthur
Kassier/
Adresskartei: KOCHER Peter
Sekretariat/
Protokollführer: SIGRIST Urs

unter der Leitung von Herrn W. Scherrer. Während der Abwesenheit von E. Thomen wird A. Volken die EDU des Kt. Schaffhausen leiten.

II. Weiteres Vorgehen

Beschaffung von Briefpapier, Eröffnung eines Postfaches und eines Bankkontos mit den entsprechenden Einzahlungsscheinen
Weiteres Sammeln von Standpunkt-Abonnenten im ganzen Kanton

III. Herr W. Scherrer gibt uns ferner folgendes bekannt:

Protokoll der Gründungsversammlung zusammen mit dem Gesuch um Aufnahme der Sektion Schaffhausen in den Bundesvorstand sowie um Aufnahme der anwesenden Personen: E. Thomen, A. Volken und P. Kocher in die EDU-Mitgliedschaft an Hr. W. Scherrer, Thun bis spätestens 3. Mai 1985 senden.

Der Jahresbeitrag der EDU-Mitgliedschaft beträgt Fr. 50.-- und setzt sich wie folgt zusammen: Fr. 10.-- an die Bundeskasse, Fr. 20.-- an die kant.Kasse und Fr. 20.-- an die Ortskasse, falls eine besteht
Die Herren A. Volken und P. Kocher werden erstmals am Bundespartei-tag in Zürich (11. Mai 1985) teilnehmen, Einladung wird durch U. Sigrist organisiert. An den Bundesvorstandssitzungen muss mind. 1 Person aus Schaffhausen anwesend sein, oder aber alle Vorstandsmitglieder.

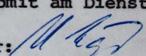
Die EDU Schaffhausen wird jeweils 500 Stück "Standpunkte" bei Scheinen beziehen. (Empfänger: A. Volken bis auf weiteres)
Die EDU Schaffhausen ist verpflichtet (gemäss Statuten) mind. 1 Mitgliederversammlung pro Jahr durchzuführen zwecks Abnahme der Jahresrechnung sowie Tätigkeitsbericht des Präsidenten.

Für unsere Kartei werden uns aus Thun -2- Adressätze betreffend Versand von Rundbriefen und Einladungen u.a. zur Verfügung gestellt.

- III. Hr. Scherrer setzt für unsere Kantonalpartei folgende Schwerpunkte:
IV.
1. Parteiarbeit: administrativer Aufbau (weitere EDU Mitglieder u.a.)
2. politische Arbeit: Behandlung der Themen zu den verschiedenen Abstimmungen
3. öffentl. Arbeit/P-R: Pressecommuniqués, Radioarbeit, Standaktionen

Der Vorstand erklärt sich am Schluss bereit, ein Pressecommuniqué über diese Gründung auszuarbeiten und trifft sich somit am Dienstag, 30.4.1985, 19.00 h bei P. Kocher in Schaffhausen

Schaffhausen, 30.4.1985

Der Protokollführer: 

1985 bis 1988

Wichtige Themen der frühen EDU-SH

- Gegen ausgelebte Homosexualität, illegalen Drogenkonsum, Pornographie, Aktivitäten von islamischen Gesellschaften, für die traditionelle Familie.
- Der erste Präsident, Egon Thomen, ist aktiv mit Klagen und Strafanzeigen gegen Organisationen, die Porno- und Brutalfilme verbreiten. Problematisch ist der oft aggressive Stil, der auch unter Christen schlecht ankommt.

1988 Grossratswahlen: erfolglose Teilnahme.

Beispiel eines Dokuments, das die «Handschrift» von Egon Thomen zeigt.

Tatsache ist : DASS IN DEUTSCHLAND VERBOTENE FILME IN DER SCHWEIZ FREI ERHAELTLICH SIND.

Brutalo heisst :

Frauen werden in Scheiben aufgeschnitten;
Frauen werden in Fleischstücke gerissen
Frauen werden Dolche und Lanzen durch den Schädel gestossen, sodass die Spitzen auf der anderen Seite bei der Schläfe heraus schauen!
Frauen werden zerhackt, oder das Gesicht zu einer breiigen Masse zerschlagen.

Pornographie

ist die pervertierte Darstellung des Schöpfungsaktes des Menschen als Lustorgie.

Wenn wir eine Nation vernichten wollen, müssen wir zuerst ihre Moral vernichten.

Dann wird uns die Nation als reife Frucht in den Schoß fallen!

LENIN

Joe's Videoplast
Münsterplatz 22
8700 Oberhausen
Tel. 0231 1450

14.-

Wer mit Pornographie anfängt, endet bei Auschwitz

1987

Erfolglose Teilnahme von Eduard Zaugg und Egon Thomen bei den **Nationalratswahlen**.

1988

Teilnahme an den Wahlen in den **Grossen Stadtrat**.

Bestes Ergebnis: Hans Schlatter, Schlusslicht ist Egon Thommen.

... mir wänd's au aapacke!

Wählen Sie in den SCHAFFHAUSER KANTONSRAT



Egon Thomen, SH
1937, Automechaniker



Hans Schlatter, SH
1938, Buchbinder



Beat Brunner, SH
1957, Wirt



Werner Scheuermeier, SH
1940, Lehrer



Elisabeth Herzig, SH
1927, Krankenschwester

Die Bibel sagt:
"Suchet der Stadt Bestes ..."

Wählen Sie IN DEN KANTONSRAT aus NEUHAUSEN

LISTE 9



Urs Sigrist, NH
1951, Bankangestellter



Walter Heiniger, NH
1945, Bauführer



Silvia Ammann, NH
1935, Krankenschwester

Wir alle sind tatkräftige Berufsleute aus den verschiedensten Branchen. Was uns trotz ausgeprägter individueller Verschiedenheit verbindet, ist unser Glaube an Jesus Christus und an die Bibel als ewig gültiges und wahres Wort Gottes. Als Christen sind wir Realisten: Um die aufgetürmten Probleme unserer Gesellschaft zu lösen, genügen weder menschliche Intelligenz noch Schaffenskraft allein.

Unsere Hoffnung ist Gott selbst, und auf diesem Fundament blicken wir begründet optimistisch in die Zukunft. Auf dieser Basis, die sich in unseren Familien und am Arbeitsplatz bewährt hat, sind wir alle bereit, auch Verantwortung im Staat zu übernehmen.

Für Spenden sind wir dankbar!

Unsere Bankverbindung:

Schweiz. Bankverein, Schaffhausen
Kto. MO-347,418.0

1991

Konzessionsbeschwerde gegen das Schweizer Fernsehen wegen der Ausstrahlung von Sexfilmen.

1992

Teilnahme an den **Kantonsratswahlen** – ohne Erfolg

Wahlen in Gemeindeparlamente Schaffhausen (mit Hans Schlatter und Egon Thomen) und Neuhausen (Walter Heiniger und Urs Sigrüst) – immer noch keine Sitzgewinne.

Standaktion der frühen EDU Schaffhausen



1993

Entwurf einer Kantonalen Volksinitiative:

«Für ein Gesetz über die Kontrolle von Vorführ-, Verkaufs- und Verleihstellen für Filme, Videokassetten und Druckerzeugnisse.»

Diese Initiative wird nach dem Ausschluss von Egon Thomen **nicht weiterverfolgt.**

1994

Am 15. Jan. beschliesst der Bundesvorstand der EDU Schweiz, auf Antrag der Sektion Zürich (gez. Markus Wäfler), **Egon Thomen** fast einstimmig **aus der EDU auszuschliessen**.

Am 17. Jan. informiert Zentralpräsident Werner Scherrer Vorstand und Mitglieder der EDU Schaffhausen von diesem Beschluss. **Interimspräsident ist Fritz Vogt**.

Die EDU-SH startet neu mit folgendem Vorstand:

Fritz Vogt, Hans Schlatter, Otti Furrer, Erwin Sutter, Marlies Heid, Angelo Coviello. Walter Heiniger, Kurt Ammann.

1995

Parteitag, 4. März im Hotel Bahnhof, Schaffhausen: **Erwin Sutter** wird als **neuer Präsident** gewählt.

Die weiteren **Vorstandsmitglieder** sind:

- Hans Schlatter, Vizepräsident
- Angelo Coviello, Sekretär
- Urs Sigerist, Finanzen
- Fritz Vogt
- Otti Furrer
- Walter Heiniger

Besonderes: Die Partei startet in diesem Jahr mit Schulden von Fr. 2150, nachdem im vergangenen Jahr Fr. 10'000 Schulden getilgt werden konnten.

1996

Die EDU-SH bereitet sich auf die Kantonsrats- und
Grossstadtratswahlen vor.

Kommt uns der Wahlslogan
nicht irgendwie bekannt vor?



Wahlen Grosser Stadtrat Schaffhausen

Die **EDU** ist eine von allen Interessengruppen unabhängige Partei und verfolgt eine konsequente Politik nach biblischen Grundsätzen

Wir setzen uns ein:

- ✓ für **familienfreundliche Gesetze** (Steuertarife, Krankenkassen, Mieterschutz, Kinderzulagen, Sozialwohnungen)
- ✓ für eine **Finanzpolitik ohne Defizite** (ein Sozialabbau darf aber die niedrigsten Einkommensklassen nicht tangieren)
- ✓ für eine **Wirtschaftsförderung** insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben
- ✓ für eine bessere **Integration von Arbeitslosen und Invaliden** in den Arbeitsprozess
- ✓ für gesetzlich **geregelte Ladenöffnungszeiten** und gegen eine Lockerung des Sonntagarbeitsverbots
- ✓ für eine **Drogenpolitik**, deren oberstes Ziel die Suchtbefreiung ist



Erwin Sutter, 1947
Chemiker HTL, verheiratet
«Wir Christen sollten mehr Verantwortung in der Politik übernehmen, weil ich überzeugt bin, dass unsere Gesellschaft wieder klare Massstäbe und neue Ziele braucht»



Beat Brunner, 1957
Koch, verheiratet
«Wichtige Anliegen sind mir die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben. Notwendige und sinnvolle Renovationsarbeiten sollten jetzt in die Wege geleitet werden»



Fritz Vogt, 1943, verheiratet,
Sozialpädagoge, Betreuer in der städtischen Wohngemeinschaft für Obdachlose; Organisator von Senionachmittagen
«Die Hilfe für bedürftige Familien, Alleinstehende, soziale Randgruppen und Menschen im dritten Lebensabschnitt liegt mir am Herzen»



Hans Schlatter, 1938
Buchbinder, verheiratet mit Hausfrau und Krankenschwester
«Wir sind besorgt über die zunehmenden Probleme in unserer Gesellschaft, die steigenden Arbeitslosenzahlen und die Kosten im Gesundheitswesen. Die Unterstützung und der Stellenwert der Familie sind uns ein grosses Anliegen. Biblische Werte sind unsere Grundhaltung»



Ruth Schlatter, 1938
Hausfrau und Krankenschwester



Esther König, 1936
Verkäuflerin
«Mein politisches Herz liebt die Herausforderung. Es gilt sich für eine gute staatliche Ordnung nach biblischen Massstäben einzusetzen. Der Drogenmarkt darf nicht verharmlost werden und die Dealer sind hart anzupacken»



Elisabeth Herzig, 1927
Aktive Rentnerin
«Ich glaube an eine bibelorientierte Politik, durch die alle Menschen den gleichen Stellenwert einnehmen. Das Familienleben soll zum Schutz aller Kinder hoher bewertet werden»



Marianne Giovanettoni, 1951, Hausfrau und Lehrerin, verheiratet
«Ich denke, dass wir auch als Christen eine politische Verantwortung tragen. Persönlich liegen mir besonders die jungen Menschen am Herzen. Für alle sollte es einen Platz und eine Zukunft geben»



Rafael Regier, 1971
Bäcker-Konditor, z.Zl. Lehre als Musikinstrumentenverkäufer
«Meiner Meinung nach sollte der Staat mehr Hilfe für Arbeitslose leisten. Eine Drogenfreigabe lehne ich ab, dafür bin ich für das Fordern von Therapien in christlichen Häusern. Mein persönlicher Wunsch ist, dass die Schweiz zu einer weltweiten Friedensmetropole umgeformt werden könnte»

Eidgenössisch
Demokratische
Union **EDU**
Liste
9

1996

11 Jahre nach der Gründung gewinnt die **EDU-SH erstmals** ein politisches Mandat: Erwin Sutter wird in den Grossen Stadtrat gewählt.

Die **Freude** über diesen erstmaligen Sitzgewinn der EDU Schaffhausen ist gross!

Hier das Fax ans Zentralsekretariat der EDU in Thun.

EIDGENÖSSISCH-DEMOKRATISCHE UNION

EDU Kanton Schaffhausen

Telefax

An: EDU Thun Fax: 033-222 37 44
Von: E. Sutter Datum: 02.12.96
Betreff: Wahlen Grosser Stadtrat SH Seiten: 1

Halleluja !

Wir haben unser Wahlziel erreicht und den erhofften Sitz ins Schaffhauser Stadtparlament geschafft!

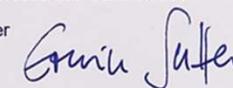
Hier die definitiven Resultate:

Partei	Stimmzahl	Sitze	Veränd.
SP	160'693	14	0
FDP	121'679	11	-1
CVP	40'085	3	0
SVP	79'418	7	+3
Oekoliberale Bewegung SH	54'098	5	0
Grünes Bündnis	19'000	1	-1
EVP	23'474	2	-1
Freiheits-Partei	36'265	3	-4
EDU	13'118	1	+1
Jugendparlament	38'543	3	+3
Summe	586'373	50	

Gewählt wurde als Vertreter der EDU: Erwin Sutter

Herzliche Grüsse aus Schaffhausen

Erwin Sutter



FREUDE HERRSCHT !

1997

Ausserhalb der EDU ist Egon Thomen immer noch als «Pornojäger» aktiv. SRF «Schweiz aktuell» bringt ein Portrait über ihn. Auch der «BLICK» schreibt mehrmals über seine Aktivitäten. Egon Thomen wird immer wieder mit der EDU in Verbindung gebracht.



Der neue Präsident muss in seinen ersten Jahren das **Image** der EDU Schaffhausen **aufpolieren**.

1999

Teilnahme an der **Vernehmlassung zur neuen Schaffhauser Verfassung**. Unser Einwand bei der Präambel, dass es keine «**Verantwortung vor der Schöpfung**» geben kann, wird ernst genommen.

In der **endgültigen Fassung** heisst es nun:

«In **Verantwortung vor Gott** für Mensch und Natur gibt sich das Volk des Kantons Schaffhausen folgende Verfassung:»

1999

Organisation eines **Vortrags mit Ludwig Schneider** (Herausgeber der «Nachrichten aus Israel») in der Dreifachhalle Schaffhausen.

Thema:

«Jerusalem als Laststein der Völker»

Der Anlass wird von ca. **600 Personen** besucht!



1999

Erste Webseite der EDU Schaffhausen

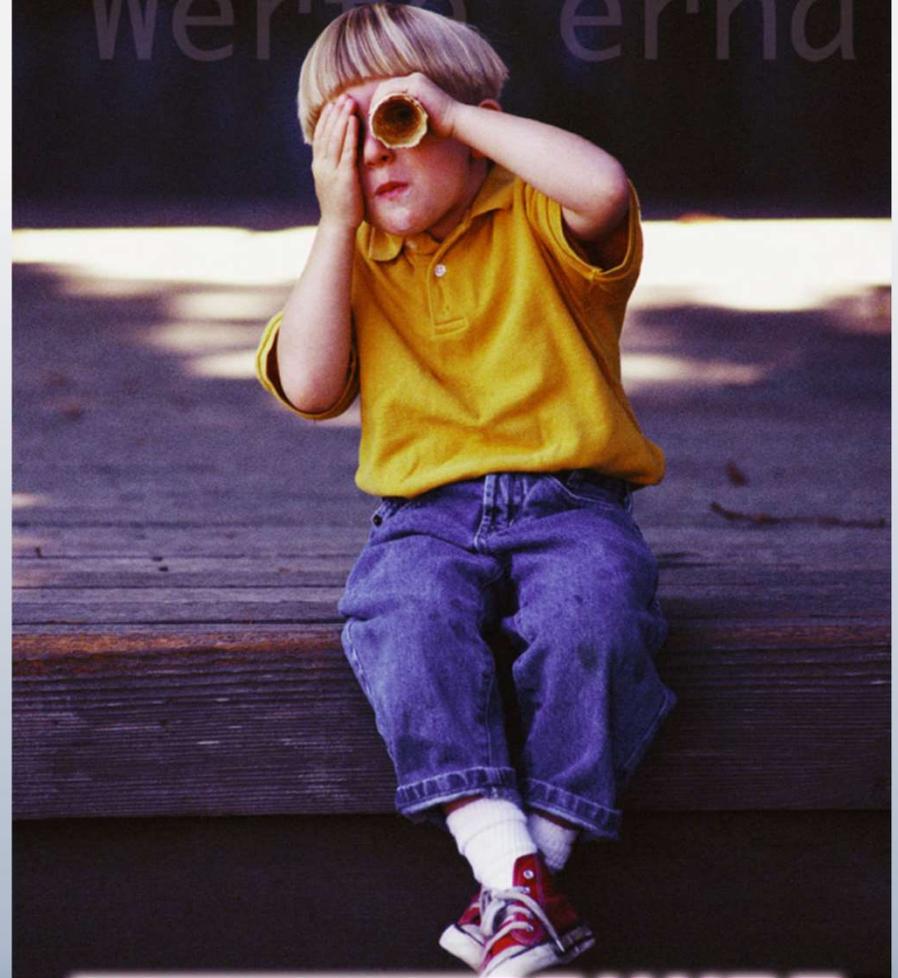
Leider gibt es keine Dokumentation mehr vom ersten Design

2000

Grossstadtratswahlen:

Die EDU verteidigt mit Erwin Sutter und einem Stimmenanteil von 3.27% entsprechend 1.7 Sitze ihren Sitz im damals noch 50-köpfigen Stadtparlament.

Zukunft gestalten -
Werte erhalten!



Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale

EDU+UDF

2000

Wahlflyer Grosser Stadtrat



Unsere Grundgedanken:

Es geht um unsere Zukunft

"Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient", sagt ein Sprichwort. Mit der Zukunft ist es ähnlich. Es geht am 26. November um die Zukunft der Stadt Schaffhausen, um die Zukunft von uns allen.

Die EDU will mitgestalten

Die EDU ist eine christliche Partei. Die in der EDU engagierten Christen politisieren nicht zum Selbstzweck. Auf der Grundlage des Wortes Gottes übernehmen wir Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, dem Staat und in der Gemeinde. Wir sind bereit mitzugestalten – heute und auch in Zukunft!

Werte erhalten

Im Wissen um einen biblischen Auftrag setzen wir uns für eine Gesundung von Staat und Gesellschaft ein. Als Partei, deren Mitglieder bewusst nach christlichen Grundsätzen leben und handeln, wollen wir auf der Basis des Evangeliums unsere Politik betreiben. Bewusst stellen wir Gottes Wort, die Bibel, in den Mittelpunkt. Wir sind überzeugt: Politik mit Gott ist und hat Zukunft!

Unsere Schwerepunkte:

Familie, Gesellschaft: Förderung von Ehe und Familie als Grundlage und zum Wohl unserer Gesellschaft.

Schule: die Qualität unserer Schulen verdient gefördert zu werden. Massvoller und durchdachter Einsatz von neuen Unterrichtsformen.

Sozialpolitik: Sozialleistungen sollen gezielt eingesetzt und Wiedereingliederungsprogramme sollen gefördert werden.

Drogenpolitik: Wir setzen uns ein für Therapieformen, die zu echter Heilung führen. Massnahmen, die das Suchtverhalten konservieren, lehnen wir ab.

Gemeindepolitik: Unterstützung wirtschaftsfördernder Massnahmen, die der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Dazu gehören der gezielte Ausbau der Infrastruktur und eine Steuerpolitik, die für Betriebe sowie für Familien im Vergleich mit umliegenden Gemeinden attraktiv ist.

Finanzen: Ziel sind ein ausgeglichenes Budget und der Abbau der Schuldenwirtschaft.

Wählen Sie EDU! Der jetzigen und kommenden Generation zuliebe!

Wir machen zukunftsorientierte Politik!

Unsere Kandidierenden für den Grossen Stadtrat:



Erwin Sutter (bisher)
1947, Chemiker HTL
verheiratet, 3 Kinder
Mitglied Grosser Stadtrat



Ursula Günthardt
1949, Hausfrau und Sozialpädagogin
verheiratet, 4 Kinder



Beat Brunner
1957, Koch
verheiratet, 3 Kinder



Bernd Roffler
1959, Techn. Kaufm.
verheiratet, 2 Kinder
Leiter einer christl. Männergruppe



Hans Schlatter
1938, Buchbinder
verheiratet, 2 Kinder
Präsident Pflorgeteam 2000



Dominik Stangl
1969, Lokomotivführer
verheiratet, 3 Kinder



2001

Wir engagieren uns gegen die in der Stadt geplante **Heroinabgabe** → **Standaktionen folgen**

2002

Auch dieses Jahr treffen wir uns zur regelmässigen **Retraite**. Diesmal in der Erb-Hütte auf dem Hagen.

Wir organisieren einen weiteren **Vortrag mit Ludwig Schneider**, diesmal im Hombergerhaus. Der Vortrag ist wieder sehr gut besucht.

2004

KR-Wahlen:

Ohne
«Pukelsheim»
noch erfolglos.

Der Sitz im
Grossen
Stadtrat wird
verteidigt.



...Christliche Grundwerte

Die christlichen Wurzeln unserer Gesellschaft gilt es zu schützen und zu pflegen. Treue, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Nächstenliebe sollen wieder alle gesellschaftlichen Schichten durchdringen. Forderungen von anderen Gemeinschaften oder Organisationen, die unsere christlichen Werte untergraben und oft unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit gestellt werden, treten wir entschieden entgegen.



... Familie fördern

Die traditionelle Familie ist die kleinste natürliche Zelle des Staates. Darum muss sie geschützt, besonders gefördert und finanziell entlastet werden! Die Gleichstellung von eheähnlichen Gemeinschaften mit der Ehe lehnen wir ab. Die Ungleichbehandlung gegenüber Konkubinatspaaren muss aufgehoben werden. Wir wenden uns gegen den Zugang zu pornographischen Erzeugnissen, da sie Moral und Ethik zersetzen und eine der Ursachen für den Zerfall von vielen Ehen sind.

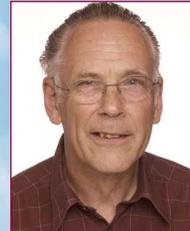


... Gemeinsam die Zukunft gestalten

Die Region Schaffhausen als Wohn- und Wirtschaftsstandort soll attraktiv sein. Um die Probleme im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu überwinden und eine prosperierende Stadt zu schaffen, kommen wir um eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land nicht herum. Historische Gräben zwischen Stadt und Land müssen überwunden werden, denn nur gemeinsam sind wir stark!



Erwin Sutter
1947, verheiratet, 3 Kinder
Chemiker HTL, Leiter Managementsysteme
Mitglied Grosser Stadtrat



Hans Schlatter
1938, verheiratet, 2 Kinder
Präsident Pflegeeam 2000



Beat Brunner
1957, verheiratet, 3 Kinder
Eidg. Dipl. Küchenchef
Kochfachlehrer



Beat Widmer
1966, verheiratet, 2 Kinder
Planer und Gestalter im Garten- und
Landschaftsbau



Kurt Ammann
1949, verheiratet, 3 Kinder
Personalchef



Urs Sigrist
1951, verheiratet, 2 Kinder
Bankkaufmann



Ruth Schlatter
1938, verheiratet, 2 Kinder
Krankenschwester Pflegeeam 2000



Bruno Trottmann
1946, verheiratet, 3 Kinder
Maschinentechner TS



Andreas Schellenberg
1977
Bauführer in Ausbildung

Wer wir sind

Die EDU ist eine Partei, in der sich Christen aus Kirchen und Freikirchen politisch engagieren. Wir politisieren nicht zum Selbstzweck, sondern übernehmen auf der Grundlage der Bibel Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, dem Staat und der Gemeinde. Wir wollen mitgestalten – heute und in Zukunft.

Es geht um unsere Zukunft

Viele Menschen sehnen sich wieder nach ethisch einwandfreien gesellschaftlichen Richtlinien. Die EDU steht für diese Werte ein und will die Zukunft der Stadt Schaffhausen und seiner Bevölkerung in positiver Weise gestalten.

Werte heute und morgen

Als Kandidaten der EDU leben und handeln wir bewusst nach den christlichen Grundsätzen. Wir setzen uns für eine Gesundung von Staat, Gemeinde und Gesellschaft ein und wollen auf der Basis des Evangeliums unsere Politik betreiben. Wir wollen gemäss dem biblischen Auftrag der Stadt Bestes suchen und sind überzeugt, dass dies mit Gottes Hilfe gelingt und Zukunft hat.

2004

Wir geben uns **neue Statuten** in neuem Kleid. Auch wenn diese wenig beachtet werden, so regeln sie unsere internen Angelegenheiten der Partei, wie Mitgliedschaft, Organisation, Finanzen.

Kantonsratswahlen: die EDU verpasst knapp einen Sitz

Grosser Stadtrat: der Sitz von Erwin Sutter wird mit fast dem identischen Stimmenanteil wie 2000 verteidigt (berechnete 1.7 Sitze).

2006

Nach sieben Jahren erhält unsere Webseite eine Auffrischung.



[Home](#) 
[Druckversion](#) 

Zukunft gestalten - **Werte** erhalten!

Zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben – Schulen, Verkehr, Gesundheitswesen, Umweltaufgaben braucht die Region Schaffhausen einerseits dringend ein Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, aber auch einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mittel. Die Bevölkerung ist zunehmend überaltert, die Ausgaben im Sozialbereich sind zudem überdurchschnittlich hoch.

Politische Stossrichtungen:

- ❗ Bewahren und Stärken von christlichen Grundwerten in unserer Gesellschaft
- ❗ Förderung eines familienfreundlichen Umfeldes
- ❗ Schaffen von attraktiven Rahmenbedingungen für Industrie und Gewerbe
- ❗ Verbessern der Verkehrsanbindung von Schaffhausen
- ❗ Erhalten und Schaffen von Arbeitsplätzen
- ❗ Bereitstellen von attraktiven Wohnbereichen, Förderung von Wohneigentum
- ❗ Bewahren von vorhandenen Erholungsräumen

Ziel: Attraktivierung der Region als Wohn- und Wirtschaftsstandort

Um diese Ziele erreichen zu können, braucht es politische Veränderungen. In der Stadt Schaffhausen und in Neuhausen leben zusammen ca. 60% der Bevölkerung. Die Wirtschaftskraft von Schaffhausen hat gegenüber umliegenden Regionen an Boden verloren. Die Bevölkerungsentwicklung stagniert. In vielen Gemeinden fehlen zur Erledigung der Verwaltungsaufgaben die finanziellen Mittel. Die Stadt trägt durch ihre zentrale Stellung zu in den Bereichen Soziales, Strassenbau, Kultur überdurchschnittlich hohe Kosten. Dazu gibt es Doppelspurigkeiten

2007

Verabschiedung von zwei langjährigen, verdienten Vorstandsmitgliedern: **Hans Schlatter** (Vize) und **Urs Sigrist** (Kassier)



2008: Die Städter sind für den Wahlherbst bereit.



Vlnr.:
Kurt Ammann,
Bruno Trottmann,
Erwin Sutter,
Beat Brunner,
Sandra Schöpfer,
Markus Keller,
Peter Schulthess

2008

Vor den GSR-Wahlen

Streitgespräch CVP, AL, EVP, EDU und Jungfreisinnige vor den Grossestadtratswahlen

An den Steuern scheiden sich die Geister

Am 30. November wird der Grosse Stadtrat neu zusammengesetzt. Vertreter von CVP, AL, EVP, EDU und JFS haben im SN-Streitgespräch dargelegt, in welche Richtung sie Schaffhausen führen wollen.



VON JAN HUDEC

Warum braucht es Ihre Partei im Stadtrat?

Christoph Lenz (AL): Die Alternative Liste hat in den fünf Jahren, seit es sie gibt, ausreichend gezeigt, dass es unsere Stimme braucht. Ich erinnere an die Stadtbildvorlage, gegen welche die AL als einzige Partei im Parlament schon von Anfang an angetreten ist. Ich erinnere an das Polizeireglement, bei dem die AL die Videoüberwachung bekämpft hat und mit 40 Prozent ein sehr gutes Resultat erreicht hat. Wir haben in der letzten Legislatur mehr ökologische Vorstösse eingebracht als die Ökoliberalen, und wir waren aktiv in der Kulturpolitik.

Gädi Distel (CVP): Die CVP als Zentrumsparterie braucht es im Grosse Stadtrat, weil wir in der Mitte politisieren und nicht zu stark nach rechts oder links tendieren. Wir haben als Mittelpartei die Freiheit, uns je nach Sachfrage für das zu entscheiden, was besser in unser Parteibild passt. Wir haben aber dennoch eine Linie, wir sind keine Sialomfahrer, wie uns manchmal vorgeworfen wird. Aber bisweilen geht es einfach besser, wenn man eine Kurve nimmt und dann ins Ziel fährt.

Fabian Käslin (JFS): Die Jungfreisinnigen gehören deswegen in den Grosse Stadtrat, weil Freiheit etwas vom Bedrohlichsten überhaupt ist in unserer Gesellschaft. Wer Freiheit will, der wählt Jungfreisinn, wer Bevormundung stoppen will, wählt Jungfreisinn, wer Steuern senken will, wählt Jungfreisinn, und wer Sicherheit schaffen will, wählt Jungfreisinn.

Erwin Sutter (EDU): Die EDU ist eine christliche Partei, und biblische Prinzipien sind auch unser Fundament. Von daher treten wir zum Beispiel für die klassische Familie ein. Wir sind auch eine Partei, die eher auf der bürgerlichen Seite politisiert, weil der Schutz von Eigentum biblisch begründet werden kann. Wir sind sicher keine sozialistische Partei, obwohl wir uns auch für die Schwächeren stark machen. Wir setzen uns ausserdem für den konsequenten Vollzug der bestehenden Gesetze ein. Wir sind der Meinung, dass Schaffhausen weiterhin den Zugang von Firmen fördern muss, damit Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist wichtig, dass eine christliche Partei im Rat ist, die Werte erhalten will.

Alfons Cadario (EVP): Die EVP ist ja ebenfalls eine christliche Partei. Wir setzen uns selbstverständlich vor allem auch für die Schwächeren ein. Darum politisieren wir weiter links als die EDU. Wir sind auch nicht für eine grenzen- oder uferlose Freiheit, wie sie die FDP zum Teil vertritt. Man hat ja bei der Finanzkrise gesehen, wohin das führen kann.

Sie alle gehören zu den kleineren Parteien in der Stadt, Allianzen sind daher unabdingbar. Mit wem können Sie sich eine Zusammenarbeit vorstellen?

Cadario: Bisher hatten wir eine Fraktionsgemeinschaft mit der ÖBS. Je nach Ausgang der Wahlen können wir uns aber auch vorstellen, mit der CVP eine Allianz einzugehen, die ja Einsitz in unseren Fraktionsitzungen hat.

Sutter: Wir würden gerne mit der EVP zusammenarbeiten. Von den Grundsätzen her haben wir viele Gemeinsamkeiten. In der Realpolitik sieht es aber leider oft anders aus. In der Fraktion mit der SVP habe ich mich bisher wohl gefühlt, und es wird wohl auch weiterhin so sein.

Käslin: Bei uns liegt es ja auf der Hand. Als Jungpartei der FDP ist es klar, dass wir das Gedankengut der FDP teilen. Als freiheitliche Mittelpartei stehen wir mit der FDP auf der richtigen Seite.

Distel: Wir dürfen ja bisher Einsitz nehmen in den Fraktionsitzungen von ÖBS und EVP, und das funktioniert auch sehr gut. Wir könnten uns aber auch eine Zusammenarbeit mit der FDP vorstellen.

Lenz: Wir sind im Rat ein gleichberechtigter Partner der SP, und wir sind in der SP-Fraktion sicher am richtigen Ort.

Es ist von einer globalen Rezession die Rede. Von der wirtschaftlichen Abkühlung wird auch Schaffhausen nicht verschont bleiben. Sollen die Steuern nun weiter gesenkt werden?

Distel: Nein, die allgemeinen Steuern sollen, von mir aus gesehen, nicht gesenkt werden, da es in der Stadt im



Der Präsident der Jungfreisinnigen, Fabian Käslin, die Präsidentin der städtischen CVP, Gädi Distel, und AL-Grossestadtrat Christoph Lenz (v. l.) beim Streitgespräch. Bilder Fabian Stamm

nächsten Jahr finanziell nicht so rosig aussieht. Aber wir plädieren dafür, die Familien zu entlasten. Deshalb kämpfen wir mit einer Initiative auch für 50 Prozent mehr Kinderabzüge.

Cadario: Im Hinblick auf eine Rezession sollte man die Steuern nicht senken. Viel eher sollte man investieren. Wir haben in der Stadt genug alte Häuser, die man dringend sanieren müsste, und das würde genug Arbeit geben. Das wäre sicher klüger, als wenn die Reichen noch weitere Steuern bezahlen müssten. Die Stadt kann es sich im Moment nämlich nicht leisten, die Steuern noch weiter zu senken.

Käslin: Da bin ich anderer Meinung. Wir werden jetzt eine Initiative zur Steuerfussreduktion in der Stadt Schaffhausen lancieren. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es sehr wichtig, dass die Bevölkerung fiskalisch entlastet wird. Das beste Konjunkturprogramm sind immer Steuerensenkungen.

Sutter: Je mehr Geld nach dem Steuerabzug in der Kasse bleibt, desto mehr wird ausgegeben. Wenn wir die Wirt-

schaft wieder in Schwung bringen wollen, müssen deshalb die Steuern gesenkt werden. Nächstes Jahr steht die Stadt noch gut da, weil sich die Veranlagung auf das nächste Jahr bezieht. Deshalb liegt noch einmal eine Steuerensenkung drin. Die Ausgaben der Gemeinde dürfen aber nicht stärker zulegen als das Wirtschaftswachstum, was in der Vergangenheit nicht der Fall war.

Lenz: Ich sehe es so bei der Steuerpolitik: Wir hatten zehn Jahre lang Glück mit der Konjunktur. Seit zwölf Jahren hat die Stadt Schaffhausen die Steuern gesenkt, insgesamt um 14 Prozentpunkte. Das ganze ist unter bürgerlicher Ägide passiert und wurde damit begründet, dass mehr Steuerzahler nach Schaffhausen kommen würden. Jetzt wäre es einmal an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Und siehe da, die Bevölkerung hat konsequent stagniert in diesen zwölf Jahren. Zugleich ist die Stadt aber finanziell ausgehungert worden. Sie hat einen immensen aufgelaufenen Investitionsbedarf von etwa 120 bis 150 Millionen Franken für die nächsten vier Jahre. Schuld ist eine selbstmörderische Steuerpolitik. Diese weiterzuverfolgen entbehrt jeglichen Bezugs zur Realität.

Sutter: Wir müssen die laufenden Ausgaben strikt von den Investitionen trennen. Es ist uns immerhin gelungen, zu verhindern, dass noch mehr Leute abgewandert sind, was in der hinter uns liegenden Restrukturierungsphase auch als Erfolg gewertet werden kann.

Käslin: Ich gebe Christoph Lenz im ersten Teil recht. Es stimmt, wir haben keine reichen Leute hierhergeholt, aber das liegt daran, dass wir die Steuern zu wenig gesenkt haben. Wir müssen aber auch einmal über die Bücher gehen und schauen, was eigentlich die Aufgaben der Stadt sind und was nicht. In zahlreichen Bereichen geben wir umsonst Geld aus.

Lenz: Wo zum Beispiel?

Käslin: Zum Beispiel zählt unser Stadtkollege in Hemmental Glühwürmchen,

was uns 10000 Franken kostet. Der Schaffhauser Stadtpräsident verdient über 40000 Franken mehr als der Zürcher Stadtpräsident. Und man könnte die Steuern beim Kanton zentralisieren, das würde der Stadt über eine Million Franken im Jahr sparen.

Distel: Das hat aber das Volk abgelehnt.

Käslin: In der Stadt wurde es angenommen. Man könnte sich überlegen, das Tiefbaunet und den Werkhof zusammenzulegen. Das sind alles Bereiche, in denen das Geld auf der Strasse landet.

Lenz: Aber wie viel kann man damit sparen? Indem du dem Stadtpräsidenten den Lohn um 40000 Franken kürzt und den Stadtkollegen von seinem Hemmentaler Projekt abziehst, senkst du die Steuern um 0,06 Prozent. Das ist lächerlich.

Käslin: Du hast die Million bei den Steuern und beim Werkhof vergessen.

Lenz: Die Steuerzentralisierung will das Volk nicht. Aber es ist selbstverständlich auch überlassen, gegen das Volk zu politisieren.

Käslin: Die Steuerzentralisierung wäre in der Stadt angenommen worden.

Aber müssen wir den Gürtel jetzt enger schnallen? Und wo müsste gespart werden?

Distel: Wenn wir die Wirtschaft ankurbeln wollen, dann müssen wir den Gürtel nicht enger schnallen. Wir müssen das Geld in einem vernünftigen Mass ausgeben. Wir müssen investieren, aber immer mit dem Geld, das wir auch haben.

Sutter: Geld einsparen könnte man durchaus über die Reorganisation der Verwaltung. Was wir diesbezüglich in der Industrie längst geleistet haben, das fehlt bei den öffentlichen Ämtern noch.

Cadario: Ein öffentlicher Betrieb ist nicht die Industrie, das lässt sich nicht eins zu eins vergleichen.

Sutter: Also, man hat ja schon lange Computer eingeführt, und es sitzen immer noch die gleiche Anzahl Leute in gewissen Büros. Das kann es doch nicht sein.

Cadario: Ich bin in der Aufsichtskommission der Städtischen Werke, und was man dort ständig Leute abbaut, das geht auf keine Kuhhaut. Diesen Vorwurf würde ich mir als Vertreter der Städtischen Werke nicht gefallen lassen.

Sutter: Die Städtischen Werke sind diejenigen, die noch am meisten marktwirtschaftlich organisiert sind. Es gibt aber auch andere.

Lenz: Die Rechten bringen ständig pauschale und unhaltbare Vorwürfe gegen die Verwaltung und das Personal vor. Das geht mir auf die Nerven. Lösungen kommen nämlich keine.

Gehen wir zur Bildung über. Soll die Schulsozialarbeit ausgebaut werden?

Sutter: Heute kommen wir ohne Schulsozialarbeit nicht mehr aus. Die ...

Fortsetzung auf Seite 22



EVP-Grossestadtrat Alfons Cadario und der EDU-Präsident Erwin Sutter liefern sich einen Schlagabtausch.

2008

Wahlen: Die EDU erzielt **erstmalig** mit **Erwin Sutter** einen Sitz im **Kantonsrat**. Er wird Mitglied der **SVP-EDU-Fraktion**.

Im Grossen Stadtrat verteidigt er zudem seinen Sitz, das bedeutet ein **Doppelmandat**.

EDU Schweiz: Referendum gegen das **revidierte Betäubungsmittelgesetz (BetmG)**: Einreichung von 51'292 beglaubigten Unterschriften. **Volk: 68.1% Ja.**

2009

Der Vorstand organisiert sich neu. **Peter Schulthess** wird Vizepräsident.

Der 7-köpfige Vorstand am Parteitag in Beringen



2009

Die
«**Minarettinitiative**»
wird lanciert und der
Abstimmungskampf
ist heiss!



Die EDU Schaffhausen organisiert Informationsveranstaltungen, u.a. mit dem Islamexperten **Heinz Gstrein** und stellt sich der Presse.

2009

Die Eidgenössische Volksinitiative
«Gegen den Bau von Minaretten»
wird vom Volk mit **57.5% Ja**
überwiesen.

Schaffhausen sagt sogar mit **63.5%**
Ja! Unser Aufwand hat sich gelohnt.



**Schaffhausen kann
Minarett-frei bleiben.**

JA zur Minarett-Initiative
am 29. November 2009
www.minarette-sh.ch www.minarette.ch

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

**JUNGE
SVP**
SCHAFFHAUSEN

2010

Erwin Sutter tritt vorzeitig aus dem Grossen Stadtrat zurück.
Beat Brunner tritt die Nachfolge an.

2011

EDU unterstützt zwei Initiativen der CVP: «**Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe**» und «**Familien stärken - für steuerfreie Kinder- und Ausbildungs-zulagen**»

Petition gegen die **Sexualisierung der Volksschule** eingereicht.

2011

NR-Wahlen:

Am Parteitag in Stein am Rhein wird Erwin Sutter als EDU-Kandidat nominiert.



Vizepräsident Peter Schulthess gratuliert Erwin Sutter zur Nominierung

2011

NR-Wahlen: Vorbereiten des Versands von Wahlprospekten. Ohne Teamarbeit geht nichts!



Resultat: Erwin Sutter erreicht mit 3.8% Stimmenanteil das beste EDU-Resultat aller Kantone.

2011

NR-Wahlen: Wahlplakat

Nationalratswahlen 2011
Christliche Werte stärken.

Für das Wohl unseres Kantons und unseres Landes.



**Erwin Sutter
in den Nationalrat**

Liste 9

EDU+SH
Eidgenössisch-Demokratische Union

www.edu-sh.ch

DONNERSTAG, 20. OKTOBER 2011

Eurovision Song Contest Vier total unterschiedliche Schaffhauser Bands sind in der Vorausscheidung dabei. **Region Seite 16**

Finanzausgleich Die Auswirkungen des neuen Ausgleichs im Kanton Zürich treffen Truttikon besonders hart. **Weinland Seite 20**

Region 15

Schaffhauser Nachrichten

Der richtige Weg zur gültigen Wahl

Damit die Wahlzettel gültig sind, wenn ab morgen National- und Ständerat gewählt werden, gilt es einige Regeln zu beachten.

VON ERWIN KÜNZI

Die Stunde der Wahrheit naht, und bald ist bekannt, wer die nächsten vier Jahre den Kanton Schaffhausen im National- und Ständerat vertreten wird. Die Kandidaten und Kandidatinnen haben sich vorgestellt, wurden in allen Medien befragt und haben ausführlich Auskunft gegeben. Jetzt sind die Wahlberechtigten am Zug. Viele von ihnen, die SN haben berichtet, machten von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch. Diese ist immer noch möglich, allerdings muss das Wahlcouvert bis am Samstag um 12 Uhr bei der Gemeinde sein, sei es heute via A-Post, sei es, indem man die Wahlzettel direkt vorbeibringt.

21 Kandidierende auf 11 Listen

Am Wochenende stehen in den Gemeinden die Wahlurnen bereit. Für



Ob die bunten Prospekte ihre Wirkung getan haben, wird sich am Wahlwochenende weisen.

Bild: Simon Brühlmann

men und schreibt den Namen seines Favoriten nochmals hin, und zwar

den Stimmzählern, die die Wahlurnen überwachen.

hausen wohnhaft und Schweizer sowie 18 Jahre alt ist, auf den Wahlzettel ge-

Zur Ständeratswahl

Germann und Heydecker haben die Wahl verdient

ZENO GEISSELER

Fünf Kandidaten stellen sich im Kanton Schaffhausen der Wahl in den Ständerat, doch nur zwei Sitze sind zu vergeben. Die «Schaffhauser Nachrichten» haben alle Bewerber in den letzten Monaten beobachtet, interviewt und porträtiert. Keiner ist gänzlich ungeeignet, jeder kann in gewissen Gebieten Punkte für sich verbuchen. Aus der freiheitlich-liberalen Haltung, der diese Zeitung seit jeher verpflichtet ist, empfehlen sich zwei Bewerber aber ganz besonders: Hannes Germann von der SVP vertritt unseren Kanton seit 2002 im Ständerat. Er ist ein über Parteigrenzen hinweg geschätzter Politiker mit Potenzial, der stark mit seiner Heimat verwurzelt und im besten Sinne volksnah ist. Er hat sich als zuverlässiger Vertreter unseres Kantons erwiesen.

Christian Heydecker von der FDP ist bestens mit den Herausforderungen vertraut, welche unseren

So haben die Kleinen abgeschnitten

Am Wahlsonntag interessierte bei den Nationalratswahlen vor allem das Abschneiden der drei grossen Parteien SVP, SP und FDP. Die Resultate der Listen der kleineren Parteien sollen hier nachträglich dargestellt werden.

VON ERWIN KÜNZI

Mit 11 Listen und 21 Kandidierenden verzeichnete die Nationalratswahl 2011 im Kanton Schaffhausen eine Rekordbeteiligung. Ein weiteres Merkmal dieser Wahl war, dass keine Liste selbständig auftrat, sondern einem Listenverbund angehörte. Von diesen gab es drei: denjenigen der SVP (SVP, Junge SVP, SVP International und EDU), der FDP (FDP, Jungfreisinnige und CVP) sowie der SP (SP, Alternative Liste, Juso und SP International). Will man das Abschneiden der einzelnen Listen bewerten, so ist das insofern schwierig, als bei der letzten Wahl 2007 nicht alle Parteien mit eigenen Listen angetreten sind. Das zeigt sich etwa bei der SP: Diese war 2007 die einzige Partei, die auf der Linken kandidierte und auf 34,22 Prozent der Stimmen kam. 2011 erreichte



Die kleineren Parteien waren bei der Nationalratswahl mit ihren Listen unterschiedlich erfolgreich.

Bild Simon Brühlmann

AL machte 4,27, die Juso 1,43 und die SP International 0,63 Prozent.

Bürgerliche Jungparteien verloren

Der SVP-Listenverbund kam auf insgesamt 49,47 Prozent. Die SVP und

waren es 2007 618, so zählte man 2011 noch 489. Die EDU, die vor vier Jahren nicht dabei war, kam auf beachtliche 2218 Stimmen, hatte sie doch mit Erwin Sutter nur einen Kandidaten portiert. Die FDP erreichte mit 5,22 Prozent

ten war, kam auf Anhieb auf 5,22 Prozent und liess zum Beispiel die AL hinter sich. Mehr als einmal überholte der Zweite auf der Liste den Ersten, so bei der Juso (Samuel Vonäsch 418, Seraina

3 Fragen an:



► **Stefan Seelhofer**
Jäger, Beringen

1 Es ist Jagdsaison. In Schaffhausen gilt die sogenannte Revierjagd. Was ist das?

Grundsätzlich ist in Schaffhausen in den genau definierten Revieren ganzjährig Jagdsaison. Beim Rehwild wird uns Jägern von den zuständigen Förstern ein Kontingent vorgegeben, wie viele Tiere wir erlegen müssen. In meinem Revier Beringen mit 586 Hektaren zum Beispiel sind es dieses Jahr 39 Rehe.

2 Welche Tiere müssen wann geschossen werden?

Es gilt der Grundsatz «Klein vor Gross», weil man vermeiden will, Jungtieren die Mutter wegzuschliessen. Alle Tiere haben natürlich Schonzeiten. Rehe werden von Anfang Mai bis Dezember, Wildschweine vom Juli bis in den

2012

Die Kandidaten



Wahlkreis Schaffhausen



Erwin Sutter, bisher
Dipl. Chemiker HTL
verheiratet, 3 Kinder

«Ich bin überzeugt, dass eine Politik, die sich auf christliche Werte stützt, dem Wohl des Staates am meisten nützt.»



Colette Faas
Dr. der Chiropraktik

«Ich setze mich für die EDU ein, weil ich überzeugt bin, dass aus beständigen Werten die besten Taten wachsen.»



Peter Schulthess
Automechaniker
verheiratet, 2 Kinder

«Meine Ziele: Gesunde Finanzen, gute Verkehrsbindung, eine massvoll wachsende Wirtschaft und weitsichtige Raumplanung.»



Markus Keller
Programmierer
verheiratet, 3 Kinder

«Gesunde Familien bilden als kleinste Zellen die Grundlage des Staates und sollen gefördert werden!»



Beat Brunner
Küchenchef
verheiratet, 3 Kinder

«Ich setze mich ein, dass KMU's gute Rahmenbedingungen erhalten und von gut ausgebildeten Fachkräften profitieren können.»



Peter Haller
Eidg. dipl. Bauleiter
verheiratet, 2 Kinder

«Nicht nur reden, sondern nach christlichen Werten handeln, das dient der Gesellschaft.»

Klettgau



Andreas Schnetzler
Dipl. Landwirt
verheiratet, 4 Kinder

«Nur nachhaltiges Denken und Handeln bringen in meinem Beruf Erfolg. Diese Eigenschaften möchte ich auch im Kantonsrat einbringen.»



Bernd Roffler
Techn. Kfm. / Projektman. IPMA
verheiratet, 2 Kinder

«Ich schätze Menschen mit ihren Stärken und Schwächen. Weiter Blick, der das Wesentliche und den Nächsten nicht übersieht.»



Rebeka Gasser
Mutter & Haushaltmanagerin
verheiratet, 2 Kinder

«Für die Wahlfreiheit und eigenverantwortliche Aufteilung von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung für Elternpaare.»



Edwin Müller
Metzgermeister
verheiratet, 7 Kinder

«Gesunde Familien sind das Umfeld, wo gute Charaktere heranwachsen. Sie zu fördern ist die beste Investition für unsere Zukunft!»



Peter Surbeck
Buschauffeur / Landwirt
verheiratet, 2 Kinder

«Meine Anliegen: Erhalten des natürlichen Lebensraums, faire Arbeitsbedingungen, unabhängigkeit (z.B. kein EU-Beitritt).»



René Inglin
Eventtechniker
verheiratet, 2 Kinder

«Meine Ziele: attraktive Steuerbedingungen, unkomplizierte Gesetze und Auflagen, einfache Bewilligungsverfahren.»

Neuhausen



Walter Heiniger
Bauführer
verheiratet, 4 Kinder

«Stärkung intakter Familien durch die Beseitigung der Heiratsstrafe sowie durch finanziellen Ausgleich bei der Kinderbetreuung.»



Alberto Coaz
Betriebswirtschafter HSG
verheiratet, 1 Kind

«Christliche Werte sind beständig. Diese möchte ich in die Politik einbringen.»



Bernhard Koller
Chemielaborant
verheiratet, 2 Kinder

«Die EDU setzt die richtigen Schwerpunkte bei Familie, Bildung, Umwelt und Glaube. Deshalb setze ich mich für die EDU ein.»



Mathyas Stangl
Buchhalter
verheiratet, 5 Kinder

«Gesunde Familien, gute Bildung, schuldenfreier Staat und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind mir wichtig.»



Rosmarie Coaz
Sekretärin
verheiratet, 1 Kind

«Ich unterstütze eine Politik, die auf das Wohl der Familie ausgerichtet ist. Das nützt langfristig Gesellschaft und Staat.»



Armin Räber
Bankkaufmann
verheiratet

«Die von unseren Vorfahren geerbte Freiheit gilt es zu verteidigen und an die kommenden Generationen weiter zu geben.»

Reiat



Brigitte Bühler, Bibern
Mutter, Hausfrau & Bäuerin
verheiratet, 2 Kinder

«Ich setze mich ein, dass Familien ihre Kinder mit Liebe, Fürsorge und Geduld wenn immer möglich selber betreuen.»



Manuela Heller, Thayngen
Pflegefachfrau HF
verheiratet, 3 Kinder

«Für das Lebensrecht sowie umfassenden Schutz menschlichen Lebens von Anfang an bis zum natürlichen Ende. Dafür setze ich mich ein.»



Andreas Schellenberg, Thayngen
Bauführer
ledig

«Für den Erhalt der Lebensqualität – kein übertriebenes Wachstum. Gesunde Finanzen und vernünftiger Einsatz der Steuergelder.»

Stein am Rhein



Werner Scheuermeier, Stein a. Rh.
Primarlehrer
verheiratet, 3 Kinder

«Die EDU ist jene Partei, die mir aus dem Herzen spricht: christliche Werte, klare Standpunkte, Taten statt Worte.»



Annamarie Zinsli, Stein a. Rh.
Bibliothekarin i.R.
ledig

«Ja zum Leben! Das menschliche Leben ist als höchstes Rechtsgut von der Zeugung bis zum natürlichen Tod zu schützen.»



Franziska Müller, Hemishofen
Lehrerin
ledig

«Für entlastende Rahmenbedingungen im Bildungswesen, damit die Lehrkräfte sich vermehrt ihrem Kerngeschäft widmen können.»



Hanna Woiwode, Stein a. Rh.
Fachfrau Betreuung Kind
ledig

«Intakte Ehen und Familien sind die Grundlage für eine gesunde Jugend und einen gesunden Staat – auch in Zukunft!»

Mehr Infos zu den
Wahlen und den
Kandidaten auf
www.edu-sh.ch

2012

Auch im **Grossen Stadtrat** sind wir erfolgreich:

Beat Brunner verteidigt seinen Sitz mit gutem Resultat.

Die Kandidierenden der Stadt

Beat Brunner, bisher
Küchenchef
verheiratet, 3 Kinder

«Ich setze mich ein, dass KMU's gute Rahmenbedingungen erhalten und von gut ausgebildeten Fachkräften profitieren können.»



Peter Schulthess
Automechaniker
verheiratet, 2 Kinder

«Meine Ziele: Gesunde Finanzen, gute Verkehrsanbindung, eine massvoll wachsende Wirtschaft und weitsichtige Raumpianung.»



Colette Faas
Dr. der Chiropraktik

«Ich setze mich für die EDU ein, weil ich überzeugt bin, dass aus beständigen Werten die besten Taten wachsen.»



Markus Keller
Programmierer
verheiratet, 3 Kinder

«Gesunde Familien bilden als kleinste Zellen die Grundlage des Staates und sollen gefördert werden!»



Peter Haller
Eidg. dipl. Bauleiter
verheiratet, 3 Kinder

«Nicht nur reden, sondern nach christlichen Werten handeln, das dient der Gesellschaft.»



Christina Rahm Rubio
Kundenberaterin Sprachkurse
verheiratet

«Ich setze mich ein für die Würde und den Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum Tod.»



2014

Abstimmungskampf zu **«Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»**. Wir organisieren ein überparteiliches Komitee und informieren die Medien.

Medieninformation im Schützenhaus Schaffhausen:

Hugo Bossard (EVP),
Robert Rahm (Rimuss),
Samuel Erb (SVP),
Manuela Heller,
Erwin Sutter,
NR Werner Messner (FDP,
TG), Marcel Montanari (JF)



2014

Abstimmungskampf in der Stadt zur «2000Watt-Gesellschaft»

Die Abstimmung haben wir gewonnen!

Steinzeitfelle gegen 2000-Watt-Ziele

Die bürgerlichen Parteien wehren sich dagegen, das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft in der Schaffhauser Stadtverfassung zu verankern.

VON DANIEL JUNG

«Wir sind weder gegen erneuerbare Energien noch gegen einen sinnvollen Umgang mit Ressourcen», sagte EDU-Kantonsrat Erwin Sutter gestern beim Kesslerloch in Thayngen. «Mit der 2000-Watt-Vorlage wird das Fuder aber überladen», sagte er. Die Stadt sei in diesem Bereich schon jetzt sehr aktiv.

Sutter ist Mitglied im überparteilichen Komitee «Nein zur 2000-Watt-Gesellschaft in der Stadtverfassung». Gemeinsam mit sechs Mitstreitern hatte er sich gestern ein Lammfell übergezogen, um ein Zeichen gegen die Verfassungsänderung zu setzen, die am 30. November zur Abstimmung kommt (siehe auch Interview auf S. 17). Die Teilrevision der Schaffhauser Stadtverfassung ist ein Teil der Vorlage zur zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik der Stadt.

«Ein Leben mit 2000 Watt wäre ein Rückschritt in die Steinzeit, hin zu einem Leben ohne Komfort und Technologie», sagte der jungfreisinnige Grossstadtrat Till Hardmeier. Es sei derzeit völlig unklar, wie es gelingen könnte, den Energieverbrauch von heute rund 6000 Watt Dauerleistung bis 2080 auf einen Drittel zu reduzieren.

Hermann Schlatter, Präsident der SVP/EDU-Fraktion im Grossen Stadtrat, befürchtet, dass der Verfassungsartikel Tür und Tor öffnen würde für unnütze Zusatzausgaben und fragwürdige Ökoinvestitionen: Nach einer An-

nahme könne sich der Stadtrat bei neuen Ausgaben stets darauf berufen, dass das Volk ja einen entsprechenden Auftrag erteilt habe. Zudem, so Schlatter, gehöre die «Extremforderung» auch aus formellen Gründen nicht in die Verfassung, wo Staatsaufbau und Volksrechte geregelt seien.

«Die 2000-Watt-Ideologie bringt Behördenpropaganda und Umerziehungsprogramme», befürchtet SVP-Grossstadtrat Mariano Fioretti. Ein kleiner Vorgeschmack seien etwa die aktuellen Diskussionen in Zürich, den Fleischkonsum in städtischen Altersheimen zu beschränken.

Das Komitee stellte gestern auch seine Plakate vor: Darauf wird vor dem Verlust von alltäglichen Produkten gewarnt, die ökologisch zum Teil umstritten sind: «Bananenverbot?», «Kaffeeverbot?» oder «Fleischverbot?» heisst es dort. «Wir wehren uns gegen solche antiliberalen Eingriffe in unser Privatleben», sagte FDP-Grossstadtrat Thomas Hauser. Auch er unterstütze den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, aber auf freiwilliger Basis. SVP-Kantonsrat Samuel Erb warnte vor den wirtschaftlichen Auswirkungen. «Wir müssen aufpassen, dass wir mit übertriebenen Vorschriften und

der Verteuerung der Energie nicht unsere Wettbewerbsfähigkeit kaputt machen», sagte er.

Zuletzt kritisierte das Komitee, das von FDP, SVP, den Jungfreisinnigen, der jungen SVP, der EDU und dem städtischen Gewerbeverband getragen wird, den «schwammigen» Weg zur Energiezukunft. «Bis heute konnte niemand einen plausiblen, nachvollziehbaren Plan präsentieren, wie und zu welchen Kosten das Ziel erreicht werden könnte», sagte Christian Burg, ehemaliger Direktor der Stadtwerke Winterthur. «Heute ein Ziel für 2080 festzulegen, ist utopisch», sagte er.



Ein Komitee im Schaffell, von links nach rechts: Christian von Burg (Energieberater), Hermann Schlatter (SVP), Mariano Fioretti (SVP), Till Hardmeier (Jungfreisinn), Erwin Sutter (EDU), Samuel Erb (SVP) und Thomas Hauser (FDP). Bild Selwyn Hoffmann

Abstimmungen

SVP Schaffhausen: Ja zur Gold-Vorlage, Nein zu Ecopop

SCHAFFHAUSEN Anders als die Mutterpartei hat die SVP des Kantons Schaffhausen die Ja-Parole zur nationalen Gold-Initiative beschlossen. Die Initiative kommt am 30. November zur Abstimmung und verlangt, dass die Nationalbank einen Mindestanteil von 20 Prozent der Aktiven in Gold hält. Das Gold soll vollständig in der Schweiz lagern und nicht verkauft werden dürfen. Der Beschluss erfolgte mit 40 Ja- zu 14 Nein-Stimmen.

Einig mit der Mutterpartei war sich die Schaffhauser SVP bei den anderen nationalen Vorlagen. Sowohl bei der Ecopop-Vorlage wie auch bei der Abschaffung der Pauschalbesteuerung beschloss die Partei die Nein-Parole. Auf kantonaler Ebene sagt die SVP Nein zur Reichensteuer-Initiative und Ja zum Hooligan-Konkordat. Ausführlicher Bericht folgt. (zge)

Polizeimeldungen

Wasserflaschen gestohlen

LOTTSTETTEN Gering blieb die Beute bei einem Einbruch in einen Lebensmittelmarkt am Wochenende. Die Täter schlugen ein Fenster ein, brachen im Gebäude eine Tür auf, wurden dann jedoch durch eine massive Tür gestoppt. Sie haben daraufhin im Aufenthaltsraum fünf Mineralwasserflaschen gestohlen. Doch darin war nicht einmal richtiges Mineralwasser, wie die deutsche Polizei mitteilt, sondern nur selbst abgefülltes, kalkarmes Brunnenwasser, das die Angestellten für die Kaffeemaschine benutzen, damit diese nicht so schnell verkalkt. Der durch den Einbruch entstandene Sachschaden beträgt rund tausend Euro. (r.)

2015

Nationalratswahlen: Wir kandidieren mit Res Schnetzler, der mit 5.13% Stimmenanteil ein Spitzenresultat erzielt.

Dank der Listenverbindung aller bürgerlichen Parteien, wäre die SP-Vertreterin Martina Munz beinahe durch einen zweiten bürgerlichen Vertreter ersetzt worden.



2015

**Nationalratswahlen:
Wahlplakat**

EDU+SH
Eidgenössisch-Demokratische Union

Liste 2

Andreas Schnetzler
in den **Nationalrat**

andreas-schnetzler.ch // Politik auf solider Basis

2015

Starkes Engagement gegen die Einführung des **«Lehrplan 21»**.
Wir schiessen aus allen Rohren!

- **Postulat:** «Aufschub der Einführung des Lehrplans 21»
- **Motion:** «Genehmigung des Lehrplans 21 durch den Kantonsrat »
- **Informationsveranstaltung** am 19.6.2015 im **Parkcasino** Schaffhausen mit RR Christian Amsler und oberstem Lehrer der Schweiz

Teilnehmer: Andreas Schnetzler, alt-NR Markus Wäfler, Judith Barben, Marianne Wüthrich, NR Verena Herzog, Erwin Sutter, Peter Schulthess

Blasmusik Der Musiktag 2017 findet in Neuhausen am Rheinfall statt. Dies beschloss der Blasmusikverband. **Region Seite 15**

«Stube» verkaufen Die Marthaler Gemeindeversammlung soll über den Verkauf des Juwels befinden. **Weinland Seite 19**

Gestern im Rat

Vorsitz Peter Scheck (SVP, Schaffhausen)

► Der Kantonsrat hat seine Geschäftsordnung dahingehend angepasst, dass es in Zukunft für die Fraktionen einfacher wird, ein Ersatzmitglied in **Spezialkommissionen** zu schicken, wenn das gewählte Kommissionsmitglied verhindert ist. Die so revidierte Geschäftsordnung tritt auf den 1. Dezember 2015 in Kraft.

► Das Kantonsparlament wird **nicht zuständig** für die Einführung des umstrittenen **Lehrplans 21** sein. Der Rat hat einen entsprechenden Vorstoss abgelehnt.

► Die **Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen** werden in **maschinellesbar Form** im Internet verfügbar gemacht. Der Kantonsrat hat einen entsprechenden Vorstoss angenommen.

Journal

Richter Arnold Marti und Werner Oechslin treten zurück

Im Laufe des Jahres 2016 muss der Kantonsrat zwei Richterposten neu besetzen: Der Vizepräsident des Obergerichts, Arnold Marti, und der Präsident des Kantonsgerichts, Werner Oechslin, treten mit dem Erreichen des 65. Lebensjahres von ihren Ämtern zurück. Marti ist seit 1987 an den Schaffhauser Gerichten tätig und tritt auf Ende 2016 zurück, Oechslin ist seit 1997 Richter und geht Ende Januar 2017 in Pension.

Resultate von Abstimmungen und Wahlen maschinenlesbar

Die Staatskanzlei publiziert an Abstimmungs- und Wahltagen die Zwischenstände und die Schlussresultate jeweils ganz aktuell auf der Website des Kantons. Aufgeschaltet wurden die Ergebnisse bislang jedoch bloss als Dokumente im PDF-Format. Dies wird sich nun ändern: Der Kantonsrat hat ein Postulat von Till Aders (AL, Schaffhausen) überwiesen, womach künftige und ausgewählte frühere Resultate in maschinenlesbarer Form zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel als Excel-File. So können die Daten einfach weiterverarbeitet werden, etwa für statistische Analysen. Staatsschreiber Stefan Bilger begrüsst den Vorstoss, er meinte allerdings, dass es dazu nicht unbedingt ein Postulat gebraucht hätte: «Mit einem Telefonanruf bei der Staatskanzlei hätte man dies auch erledigen können», sagte er.

Weg für Lehrplan 21 ist frei – vorerst

So fundamental sei der Lehrplan 21, dass der Kantonsrat darüber entscheiden müsse. Dies forderte der rechtsbürgerliche Block. Durchgekommen ist er damit aber nicht. Jetzt hofft er auf das Volk.

VON ZENO GEISELER

Der Lehrplan 21 ist in vielen Kantonen umstritten, in Schaffhausen ist die Diskussion aber besonders pikant: Regierungsrat Christian Amsler ist als Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz der Deutschschweizer Kantone (D-EDK) quasi der Vater dieses Vorhabens, das für so viele rote Köpfe sorgt. 2012, als er zum Präsidenten der D-EDK gewählt wurde, sagte Amsler von sich, er sei «Mister Lehrplan 21» geworden. Und schon damals machte er klar, dass er mit diesem Vorhaben wohl nicht nur auf Gegenliebe stossen werde. Er sollte recht behalten, und wie: In rund der Hälfte der Kantone gibt es massiven Widerstand, in mehreren wird sogar das Volk entscheiden: Zuletzt ist erst vor wenigen Tagen im Thurgau eine Volksinitiative eingereicht worden.

Gestern nun war das Grossprojekt (siehe Kasten) im Schaffhauser Kantonsrat traktandiert. Erwin Sutter (EDU, Schaffhausen) verlangte per Motion, dass der Kantonsrat den Lehrplan 21 genehmigen solle. Diese Kompetenz liegt derzeit bei dem Erziehungsrat, einem elfköpfigen Expertengremium, und dieses hat bereits entschieden, dass der Lehrplan 21 auf das Schuljahr 2018/19 in Schaffhausen eingeführt werden soll. Per Postulat verlangte Sutter zudem, dass die Einführung des Lehrplans 21 so lange aufzuschieben sei, bis klar sei, wer entscheiden könne.

Von zwei auf 40 Seiten

«In fünf Kantonen sind Volksinitiativen zustande gekommen», sagte Sutter, «es gibt zunehmenden Widerstand von Lehrern, Eltern und Parteien. Diese Bewegung kann nicht einfach ignoriert werden.» Der Lehrplan 21 schiesse weit über das Ziel hinaus, argumentierte er, und er brachte dazu ein Beispiel aus dem Fächerkreis Geschichte, Geografie und Naturkunde: «Im Lehrplan 1983 gab es zu den Realien 18 konkrete Lernziele auf zwei Seiten. Im Lehrplan 2001, in dem jetzt



Welchen Weg die Volksschule einschlagen soll, ist höchst umstritten. In Schaffhausen haben vorderhand aber die Befürworter des Lehrplans 21 die Oberhand.

aktuellen, hat das Fach «Mensch und Mitwelt» 65 konkrete Lernziele auf 20 Seiten. Im Lehrplan 21 gibt es zu «Natur, Mensch, Gesellschaft» 221 Kompetenzen auf 40 Seiten.»

Der Erziehungsrat stehe unter massivem Druck, den Lehrplan einzuführen. Er habe gar keine andere Wahl. Der Kantonsrat aber werde eine unabhängige Entscheidung fällen können. Regierungsrat Amsler hielt dagegen, dass der Lehrplan in allen Kantonen ausnahmslos entweder

rungs- und Konsultationsrunden», sagte Amsler.

Initiative auch in Schaffhausen

Die Schaffhauser Gegner des Lehrplans 21 haben sich aber nicht nur parlamentarisch organisiert: Seit Oktober wurden Unterschriften für eine Volksinitiative «Lehrpläne vors Volk» gesammelt. Genau dieses zweigleisige Vorgehen sorgte im Kantonsrat für Kritik. Werner Bächtold (SP, Schaffhausen) sagte, eigentlich habe er von



«Es gibt zunehmenden Widerstand gegen den Lehrplan 21 von Lehrern, Eltern und Parteien. Diese Bewegung kann nicht einfach ignoriert werden.»
Erwin Sutter Kantonsrat (EDU, Schaffhausen)

Sutter erwartet, dass dieser seine im März eingereichten Vorstösse zurückziehe, da ja nun auch die Volksinitiative laufe. Die SP/Justo-Fraktion werde die beiden Vorstösse geschlossen ablehnen. Jürg Tanner (SP, Schaffhausen) doppelte nach: «Sind Sie noch bei Trost? Ich weiss ja nicht, wie Sie ein Vorbild sein sollen für unsere Jugend, wenn Sie solchen Schabernack produ-

**Lehrplan 21
Darum geht es**

Was ist ein Lehrplan? Ein Lehrplan ist ein Planungsinstrument für Lehrpersonen, Schulen und Bildungsbehörden.
21 Kantone Bis jetzt haben die Kantone ihre Lehrpläne für die Volksschule individuell ausgearbeitet. Der Lehrplan 21 ist der erste gemeinsame Lehrplan für die 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone.
Zeitplan Die beiden Basel haben den Lehrplan 21 bereits eingeführt, 12 weitere Kantone sollen per 2017/18 folgen, 4 per 2018/19 (darunter Schaffhausen), 2 per 19/20, 1 2020/21.

zieren.» Auch die FDP-JF-CVP-Fraktion machte klar, dass sie Sutters Pläne durchkreuzen werde. Mit dieser Konstellation, Links und fast geschlossene Mitte gegen fast geschlossene Rechte, war das Schicksal der sutterschen Vorstösse besiegelt: Beide wurden deutlich abgelehnt. Wegen der Initiative dürfte nun voraussichtlich das Volk das letzte Wort haben.

2016

Volksinitiative «**Ja zu Lehrpläne vors Volk**» wird eingereicht.



Am 27. November 2016 kam die Volksinitiative zur Abstimmung. Diese haben wir leider mit einem Nein-Anteil von 68.5% verloren.

Vlnr.:

Claudio Kuster, Mariano Fioretti (SVP), Staatsschreiber Stephan Bilger, Samuel Erb (SVP), Erwin Sutter (EDU), Peter Schulthess (EDU)

2016

Wahlen: Die EDU bestätigt mit **Res Schnetzler** und **Erwin Sutter** die zwei Sitze im **KR**, wird **siebtstärkste Partei** im Kanton.

Beat Brunner verteidigt seinen Sitz im **Grossen Stadtrat** mit gutem Resultat.

Neu dazu kommen je ein Sitz in den **Einwohnerräten** Neuhausen **Bernhard Koller** und

Thayngen: **Manuela Heller!**



2016

Als Präsident der Gesundheitskommission vertrat Erwin die Vorlage zur Verselbständigung der Spitäler Schaffhausen.

Streitgespräch mit Linda De Ventura vom gegnerischen Komitee bei den SN.

Mehr Selbständigkeit versus mehr Kontrolle

Sollen die Liegenschaften des Kantonsspitals vom Kanton an die Spitäler übergehen? Kantonsrat Erwin Sutter sieht darin einen grossen Nutzen – Kantonsrätin Linda De Ventura dagegen einen Demokratieverlust.

VON MARK LIEBENBERG

Herr Sutter, es besteht grosse Einigkeit in Schaffhausen – das Spital muss saniert werden. Wieso soll der Kanton nun über das Eigentum an den und die Entscheidungskompetenz über die Liegenschaften abgeben?

Erwin Sutter: Für die Spitäler Schaffhausen ist es im gegenwärtigen Umfeld entscheidend, dass sie schnell handeln und damit ihre Konkurrenzfähigkeit erhalten können. Mit der freien Spitalwahl steht das Kantonsspital in direktem Wettbewerb mit privaten und ausserkantonalen Spitälern. Gleichzeitig soll es als öffentliche Anstalt eine erweiterte Grundversorgung für die Region sicherstellen – auch darin besteht Konsens. Deshalb muss man dem Spital die Instrumente geben, damit seine Erneuerung langfristig auch finanzierbar ist, besonders der jetzt projektierte Neubau. Eine breite Allianz von links bis rechts befürwortet deshalb diesen Schritt der Liegenschaftsübertragung, damit das Spital mit mehr Selbständigkeit zeitgerecht seine Erneuerung in Angriff nehmen kann.

Frau De Ventura, die Bevölkerung erhält ein modernes, konkurrenzfähiges Spital, und die öffentliche Hand muss dafür nichts bezahlen. Das ist doch ein guter Deal, oder?

Linda De Ventura: Das Spital muss saniert werden, das sehen wir auch so.



Erwin Sutter, Kantonsrat (EDU, Schaffhausen)

«Wenn wir jetzt Nein sagen, dann werfen wir die Zukunft des Spitals um Jahre nach hinten. Damit erweisen wir unserem Spital einen Bärendienst.»

Es wäre jedoch blauäugig zu glauben, dass uns ein neues Spital geschenkt wird. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, das nicht so zu machen, wie jetzt vorgeschlagen wird. Man muss die Gebäude nicht übertragen, sondern der Kanton kann jetzt zusammen mit dem Spitalrat eine Vorlage über einen Neubau ausarbeiten, und dann kann das Volk mitbestimmen. Wenn man die Gebäude an das Spital überträgt, dann kann das Volk nichts mehr sagen. Dann erhält ein funktionsloses, nicht demokratisches



Wer soll bei der anstehenden Erneuerung des Kantonsspitals Regie führen und für die Finanzierung sorgen: der Kanton oder die Spitäler selber? Die Klingens kreuzen Kantonsrat Erwin Sutter und Kantonsrätin Linda De Ventura. (Bild: Selwyn Hoffmann)

tisch gewähltes Gremium, der Spitalrat, Macht über 200 bis 250 Millionen Franken. Das ist ein Demokratieverlust. Ein Schritt in Richtung Privatisierung des Spitals – dagegen wehren wir uns. Insofern handelt es sich um eine bedeutende Weichenstellung. Und zwar in Richtung mehr oder weniger Demokratie. Es braucht keine Übertragung der Liegenschaften, es braucht den Willen der Politik.

Mitsprache geht verloren, das Volk kann über einen Neubau nicht mehr abstimmen: Ist das hinnehmbar?

Sutter: Nein, weil die Spitäler Schaffhausen zu hundert Prozent im Eigen-

ernuerungen über ihre Fallkosteneinnahmen finanzieren müssen. Die Spitäler erhalten direkt Geld für die Infrastruktur, aber wichtige bauliche Massnahmen können sie aber nicht selbst entscheiden, sondern müssen auf die Finanzentscheidungen des Kantons warten. Deshalb haben die meisten Deutschschweizer Kantone Eigentumsübertragungen an ihre Spitäler bereits vollzogen oder bereiten sie vor wie in Zürich. Das Ziel ist, die Entscheidungskompetenz für Betrieb und bauliche Massnahmen zu vereinen.

Sie finden, der Kanton solle bestimmen und zahlen, Frau De Ventura. Warum?

De Ventura: Gesundheit ist wie Bildung und soziale Sicherheit eine Kernaufgabe des Staates. Es kommt einem Bankrott des Staates gleich, wenn wir die Gesundheitsversorgung privatisieren. Aus der Antwort der Regierung auf meine Interpellation geht klar hervor, dass ein Neubau auch mit dem heutigen Spitalgesetz möglich ist. Es braucht die Übertragung der Gebäude schlecht nicht. Denn: Wenn die Gebäude mal weg sind, dann sind sie weg.

Aber drängt nicht die Zeit? Der Sanierungsbedarf ist ja erweisenmässen dringend.

De Ventura: Wir setzen uns dafür ein, dass man in diesem Bereich das Richtige macht und nicht das Schnelle. Dass etwas schnell gehen soll, ist oft ein Argument, um Demokratie abzubauen. Klar, Demokratie geht etwas länger, aber das hat auch sein Gutes, denn so werden Schnellschüsse verhindert, die man anschliessend bereuen muss.

Sutter: Wenn wir jetzt Nein sagen, werfen wir die ganze Spitalrakete um Jahre nach hinten. Damit leisten wir unserem Spital einen Bärendienst.

De Ventura: Da bin ich anderer Meinung. Wenn wir die Übertragung ablehnen, dann kann die Regierung doch rasch eine Vorlage bringen.



Linda De Ventura, Kantonsrätin (AL, Schaffhausen)

«Wir möchten, dass man beim Spital das Richtige macht, nicht das Schnelle. Wenn die Gebäude mal weg sind, sind sie weg.»

gibt einen Markt, und das Spital muss in diesem Markt bestehen können. De Ventura: Es freut mich, dass du sagst, es sei ein Schritt in Richtung Privatisierung. Es ist das erste Mal, dass jemand von deiner Seite das zugeht. Sutter: Natürlich überträgt man dem Spitalrat mehr Entscheidungskompetenzen, ja. Aber es ist ein notwendiger Schritt, dabei bleibt das Spital unter der Aufsicht des Kantons. Eine Aktiengesellschaft ist bei einem Volks-Ja kein Thema. De Ventura: Ob sich die bürgerliche Mehrheit noch an dieses Versprechen erinnern mag, wenn die Demokratie erst einmal ausgeschaltet ist, bleibt fraglich.

Wie würde die Erneuerung bei einem Nein zur Vorlage vor sich gehen?

De Ventura: Dann wird sich zeigen, ob der politische Wille für eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung besteht oder nur bis zum 29. Februar bestanden hat. Der Kanton kann selber einen Kredit aufnehmen, damit wir ein neues Spital bauen können. Mit einer mobilisierten Mietlösung behält das Spital genug Selbstständigkeit, um über die Sanierung und die künftige Aus-

Revision Spitalgesetz Worum es geht

Verantwortung Spitalliegenschaften
Die Gebäude des Kantonsspitals werden mit der Vorlage «Neuregelung der Zuständigkeiten für die Liegenschaften der Spitäler Schaffhausen» ins Eigentum der Spitäler Schaffhausen überschrieben, die eine Tochterfirma des Kantons sind. Bisher gehörten die Bauten dem Kanton, der sie an die Spitäler vermietete. Bei der Übertragung fliessen kein Geld, es ist eine buchhalterische Änderung. Die Gebäude haben einen Buchwert von 20 Millionen Franken. Das Land wird im Baurecht abgegeben und ein Bauwertzins erhoben. **Finanzierung** Beim Kanton entfallen die Mietzinseinnahmen, dafür muss er nicht mehr für Unterhalt und Erneuerungsinvestitionen aufkommen. Die Spitäler können neu in eigener Kompetenz die nötigen Investitionen in die Infrastruktur aus den Palkosteneinnahmen und durch Kredite am Kapitalmarkt an die Hand nehmen.

stattung der Gebäude zu entscheiden. Es ist ja schon heute nicht so, dass es für jede Gerateanschaffung das Okay des Kantons braucht.

Sutter: Darum geht es doch nicht. Der einzige Grund, das Eigentum und damit die Verantwortung über die Liegenschaften abzugeben, ist, dass die Spitäler selber entscheiden können, was sie bauen, weil sie es auch selber finanzieren sollen – so sieht es das NVG-Gesetz vor. Wer wüsste besser, welche Investitionen im Spital nötig sind, als diejenigen, die im Spital arbeiten?

De Ventura: In der Antwort der Regierung auf meine Interpellation steht klar und deutlich, dass bei einer beibehaltenen Mietlösung der Kanton eine

Vorfiananzierung der Sanierung mit der Aufnahme von Krediten leisten könnte, um die angeschlagenen Finanzen nicht zu belasten. Gemäss heutigem Spitalgesetz ist der vom Kanton den Spitälern verrechnete Mietzins so festzulegen, dass die Amortisations- und die Verzinsung der Investitionskosten nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gewährleistet sind. Der Kanton kann also den Spitalern die Zinsen und die Amortisation über den Mietzins weiterverrechnen.

Sutter: Bei einer weitergeführten Mietlösung wären aber alle grösseren Investitionsentscheide weiterhin durch den Regierungsrat und den Kantonsrat zu fällen. Die Entscheidungswege wären dementsprechend länger und schwerer kalkulierbar. Die Marktfähigkeit des Spitals wird aber erheblich besser, wenn die Verantwortlichkeiten für die Gebäudeentwicklung und für die operative Betriebsführung in einer Hand vereint sind.

Aber das Risiko von Finanzentscheidungen bleibt bei der öffentlichen Hand, weil das Spital eine Tochterfirma des Kantons bleibt...

Fortsetzung auf Seite 14

2017

Unsere regelmässig aufgestellten **Parolenplakate** werden positiv wahrgenommen.

Dahinter steckt viel Arbeit (Design, Druck und v.a. Plakate an allen Standorten im Kanton aufstellen.

Den Abstimmungskampf gegen das **Energiegesetz** verlieren wir leider sehr knapp (51.3% Ja).



2017

Abstimmungskampf gegen die Einführung von Tagesschulen von morgens 7 bis abends 7 Uhr.

Der abgeschwächte Gegenvorschlag wird dafür angenommen

Das Volk hat «7 to 7» wuchtig verworfen

Kein Zwang bei der Einführung von Tagesschulen will die Schaffhauser Stimmbewölkerung den Gemeinden auferlegen. Angenommen ist der Gegenvorschlag mit 59,1 Prozent Stimmenanteil.

VON MARK LIEBENBERG

Deutlich hat der Souverän gestern Ja gesagt zum Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Tagesschulen 7 to 7». 15 167 Stimmberechtigte (59,1 Prozent) stimmten für die Änderung des Schulgesetzes zu, das den Aufbau von Tagesstrukturen im Kanton auf für die Gemeinden freiwilliger Basis und mit Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten vorsieht. 24,9 Prozent oder 6468 Stimmberechtigte stimmten für die zweite Variante, wie Tagesstrukturen im Kanton aufgebaut werden sollten: Die Volksinitiative der Alternativen Liste forderte per Verfassungsartikel für die Eltern kostenlose Tagesschulen in allen Gemeinden.

Keine einzige Gemeinde im Kanton stimmte letztlich für das Volksbegehren der AL. In der Stadt kam das Anliegen auf einen Stimmenanteil von 31,8 Prozent, in Neuhausen am Rheinfall auf 27,3 Prozent. In drei Gemeinden gab es ein doppeltes Nein zu beiden Vorlagen, wie es die SVP und die EDU empfohlen hatten, nämlich in Ramsen, Trasadingen und Oberhallau (dort mit nur einer Stimme Unterschied).

Bei der Stichfrage stimmten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in allen Gemeinden für den Gegenvorschlag. Total 73,6 Prozent der Stimmberechtigten hätten dem Gegenvorschlag den Zuschlag gegeben, falls beide Vorlagen angenommen worden wären.

Kanton zahlt neu ein Viertel

Damit ist der Weg frei für die Umsetzung des regierungsrätlichen Gegenvorschlags, der als Konzept mit einem modifizierten Aufbau der Betreuungsangebote nach den Erfahrungswerten aus anderen Kantonen bereits vorliegt. Vorgesehen sind Frühmorgens-, Vormittags-, Mittags-, Nachmittags- und Spätnachmittagsbetreuungsangebote. Etliche Gemeinden im Kanton, namentlich die grossen, haben bereits solche Strukturen zur Betreuung der Schulkinder an Schultagen nebst dem Unterricht. Eltern, Kanton und Gemeinden teilen sich die Kosten. Der Kanton beteiligt sich pro Betreuungsplatz fix mit einem Viertel der Kosten auch an den bestehenden.

Kommentar **rechts**



Von Aufgabenhilfe über Mittagstische bis zur Betreuung in Randzeiten: Zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf finanziert der Kanton neu Tagesstrukturen für Kindergarten- und Schulkinder an Schultagen.

Kommentar

Weg ist nun frei für pragmatische Lösungen

MARK LIEBENBERG

Nein, Schaffhausen wird bei der Tagesbetreuung von Kindergarten- und Schulkindern nicht zum Skandinavien der Schweiz. Drei Viertel der Stimmberechtigten haben die Idee von vollumfänglich von der öffentlichen Hand finanzierten Tagesstrukturen an allen Schulen des Kantons überdeutlich verworfen. Dies lag zum einen an den hohen Kosten von zehn Millionen Franken pro Jahr, die auf Kanton und Gemeinden mit der Umsetzung der Volksinitiative «Tagesschulen 7 to 7» zugekommen wären. Zum anderen haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erkannt, dass mit dieser schweizweit unüblichen Lösung auch Fehlansätze geschaffen worden wären und der Zwang zum Aufbau von solchen Strukturen in allen Schulgemeinden wenig sinnvoll ist.

Ob verlockend oder verwegen – den Initianten der Volksinitiative ist zuzutezhalten, dass sie das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sozusagen auf den obersten Platz auf der politischen Agenda katapultiert haben. Im Kanton sollen bessere Voraussetzungen geschaffen werden, damit gerade gut ausgebildete Mütter von Kindern im Kindergarten- und Primarschulalter einer Berufstätigkeit nachgehen können. Mit dem gestern deutlich angenommenen Gegenvorschlag liegt ein fertiges Konzept vor, mit dem die Gemeinden jetzt pragmatische Lösungen verwirklichen können, die dem Bedarf der Familien vor Ort entsprechen. Wie sich Eltern und Gemeinden die Restkosten aufteilen, das wird hier und da für Gesprächsstoff sorgen, so viel ist klar.

Die Initianten von der Alternativen Liste wurden trotz gut gemachter Kampagne auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Zwar haben sie im linken Lager solide Unterstützung erhalten. Aber in keiner Gemeinde scheint das verlockende Angebot darüber hinaus auf nennenswertes Gehör gestossen zu sein – nicht einmal in der Stadt.

Reaktionen Alle hatten mit diesem Abstimmungsausgang gerechnet

Regierungsrat **Christian Amsler** freut sich über das Ja zum Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Tagesschulen



7 to 7»: «Ich bin mehr als erfreut über das klare Verdikt des Schaffhauser Souveräns», sagt Amsler. «Es ist ein grosser Tag für die Regierung.» Mit der Annahme

des Gegenvorschlags werde die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert. «Dahingehend wollten die Initianten und unser Gegenvorschlag ja dasselbe», so Amsler. «Aber sie sind über das Ziel hinausgeschossen.» Dennoch wand er den Initianten ein Kränzchen, sie hätten engagiert gekämpft. Die Regierung werde das neue Schulgesetz bald in Kraft setzen. «Ich bin überzeugt davon, dass im Bereich der Tagesschulen in den nächsten fünf Jahren viel gehen wird», so Amsler.

Erwin Sutter, Präsident der EDU Schaffhausen, ist an und für sich zufrieden mit dem Resultat der Abstimmung.



«Es ist so herausgekommen, wie wir die Parolen gefasst haben», sagt Sutter. «Begeisterung über den Gegenvorschlag herrschte aber keine.» Er mahnt an, dass bei diesem Modell ein Teil der Familien auf der Strecke bleibe.

«Für die Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, geht es finanziell nicht auf», sagt er. «Es gibt im Kanton viele Frauen, die zu Hause sind und ihre Erziehungsverantwortung wahrnehmen», so Sutter. Dennoch ist Sutter wie Regierungsrat Amsler der Überzeugung, dass jetzt neue Tagesstrukturen entstehen werden. «Die Gemeinden sind jetzt gefordert», sagt er. «Diese müssen jetzt etwas auf die Beine stellen.»

Enttäuscht über das Resultat ist **Nicole Hinder**, Co-Präsidentin der AL. «Wir haben zwar damit gerechnet, dass



unser Anliegen nicht durchkommt», sagt Hinder. «Aber die Deutlichkeit der Resultate in gewissen Gemeinden ist doch enttäuschend.» Das Anliegen «7 to 7»

sei wohl zu progressiv gewesen für Schaffhausen. Ob es besser sei, das zumindest der Gegenvorschlag angenommen worden sei? «Es wird sich zeigen, wie der Gegenvorschlag umgesetzt wird», sagt Hinder. «Es kann auch so herauskommen, dass der Status quo zementiert wird und die bestehenden Strukturen nun lediglich subventioniert werden.» Auf alle Fälle sei das Thema noch nicht gegessen für die AL. «Jetzt müssen wir auf Gemeindeebene schauen, in welche Richtung es geht», sagt Hinder. (dmu)

2017

Abstimmungskampf gegen die «Reichensteuer».

Res und Erwin warten gespannt auf die Resultate im RR-Saal.

SP-Initiative deutlich abgelehnt

Nicht einmal die Stadt Schaffhausen sagt Ja zur Volksinitiative «Keine Steuer-geschenke an Grossaktion-näre». Das Nein-Lager hat fast 5000 Stimmen mehr geholt als die Befürworter.

VON ZENO GEISSELER

Mit gemischten Gefühlen haben die Bürgerlichen gestern im Regierungsratssaal auf die Tabelle mit den Abstimmungsergebnissen geblickt. Während das Schaffhauser Ja zum Energiegesetz von einigen von ihnen mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen wurde, konnten sich die FDP-, SVP- und EDU-Vertreter im Saal uneingeschränkt über den Ausgang der Abstimmung zur SP/Juso-Initiative «Keine Steuer-geschenke an Grossaktion-näre» freuen. Deutlich, mit 58,1 Prozent Nein gegen 41,9 Prozent Ja, lehnte der Souverän dieses Anliegen ab. Bei den Linken war es genau umgekehrt: Trübsal über die Steuer-Initiative, aber grosse Freude über das Schaffhauser – und Schweizer – Ja zur Energiewende.

Beggingen extreme Nein-Sager

Die Steuer-Initiative war die einzige der drei Vorlagen, die in keiner einzigen Schaffhauser Gemeinde eine Mehrheit fand. Am höchsten war die Zustimmung noch in der Stadt Schaffhausen, mit knapp 47 Prozent Ja, am tiefsten war sie in Beggingen mit 27,2 Prozent Ja-Stimmen. Ausgesprochen gering war der Zuspruch auch in Hallau mit 28,5 Prozent Ja-Anteil. Dass mit Nationalrätin Martina Munz und Parteipräsident Daniel Meyer gleich zwei Vorkämpfer für die Initiative in der Weinbaugemeinde zu Hause sind, hat also nichts genutzt.

Bemerkenswert ist der grosse Anteil an Leerstimmen. Von den fast 34000 eingelegten Stimmzetteln waren rund 2500 leer. Jede 13. Person wusste also nicht, was sie bei dieser Initiative stimmen sollte – noch grösser war der Anteil an Leerstimmen nur beim Justizgesetz mit rund 3500. Beim Energiegesetz wiederum waren es nur rund 1700 Unentschlossene. Am höchsten war der Leerstimmenanteil zur SP-Initiative in Lohn: Von 401 eingelegten Stimmzetteln waren ganze 50 leer, also etwa jeder achte.



Warten auf die Resultate: Die Kantonsräte Samuel Erb (SVP), Christian Heydecker (FDP), Andreas Schnetzler (EDU), Erwin Sutter (EDU) und Mariano Fioretti (SVP). Bild Luisa Kehl

Reaktionen

Steuersenkungen stehen wieder zur Debatte

«Realistisch gesehen mussten wir davon ausgehen, dass es schwer werden würde», sagt SP-Kantonalpräsident **Daniel Meyer**. «Der gewichtigste Faktor war für uns, dass der Gegenvorschlag nicht zustande kam.» Wer politisch kämpfe, müsse aber damit rechnen, auch mal eine Niederlage einzufahren. Insgesamt sei ein Ja-Anteil von 42 Prozent durchaus ein Achtungserfolg. «Wir konnten etwas über den Hag fressen, aber andere grosse Parteien unterstützten uns nicht, was es ganz klar schwer macht, mehr als die Hälfte der Stimmen zu machen.» Auf die Frage, wie es nach einer Niederlage weitergehe, sagt Meyer, dass die Schaffhauser SP nun zuerst die Neuaufgabe der Unternehmenssteuerreform III ab-warte. «Dann wird auch die Frage nach dem Dividendensteuersatz wieder ins Schussfeld geraten. Wir werden beim Thema Steuergerechtigkeit jedenfalls am Ball bleiben.» (zge)



«Ich bin sehr zufrieden mit diesem Resultat», sagt FDP-Kantonsrat **Christian Heydecker**. «Ich hatte gehofft, dass wir mit den Nein-Stimmen sogar auf über 60 Prozent kommen. Das haben wir knapp nicht geschafft, aber insgesamt waren alle Gemeinden dagegen, das ist ein klares Resultat.» Zwei Gründe haben seiner Ansicht nach den Ausschlag für das Nein gegeben. «Erstens hätte der Kanton Schaffhausen sich einen Nachteil gegenüber anderen Kantonen eingehandelt, das wollte niemand. Zweitens hat sich das Initiativkomitee das Leben schwer gemacht, weil es verschiedentlich falsche Behauptungen machte und sich sogar dafür entschuldigen musste.» Keine Rolle in der Debatte gespielt hätten die Defizite und die jüngsten Überschüsse in der Staatsrechnung. Für ihn ist aber klar: «Wenn es dem Staat gut geht, dann muss er den Steuerzahlern auch wieder etwas zurückgeben.» (zge)



«Die Regierung ist erleichtert über den Ausgang», sagt Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin **Rosmarie Widmer Gysel**. «Ich war zuversichtlich, dass die Initiative abgelehnt würde.» Die Initianten hätten ein Stück weit eine hehre Absicht gehabt, nämlich im Umfeld des Entlastungsprogramms 2014 mehr Mittel in die Staatskasse zu bringen. «Für uns war aber von Anfang an klar, dass die Initiative nicht der richtige Weg gewesen wäre, weil Schaffhausen sich ins Abseits manövriert hätte.» Nun sei der Weg frei, um die Steuerr Diskussion dann zu führen, wenn auch klar sei, wie es mit der Neuaufgabe der Unternehmenssteuerreform III weitergehe. Auch beim Steuerfuss könne etwas gehen, sagt Widmer Gysel: Die Finanzdirektorin kündigt für das neue Budget bereits an, dass der Kanton auf den derzeitigen temporären Steuerfusszuschlag von drei Prozent künftig verzichten könne. (zge)



Kommentar

Ein vernünftiger Entscheid

ZENO GEISSELER

An den Urnengang vom 21. Mai 2017 wird man sich noch lange erinnern – wegen des Jas zur Energiestrategie. Dass im Kanton Schaffhausen auch noch über lokale Vorlagen abgestimmt wurde, wird bestenfalls als Fussnote Einzug in die Geschichtsbücher finden. Allzu klein und unbedeutend machen sollte man das Nein des Volks zur SP/Juso-Initiative «Keine Steuer-geschenke an Grossaktion-näre» aber nicht. Der Kanton Schaffhausen hat mit seinem Entscheid womöglich einen grösseren doppelten Schaden verhindert. Eine Annahme wäre eine Aufforderung an KMU-Inhaber gewesen, ihren Wohnsitz zu verlegen. Vor allem aber hätte ein Ja ein falsches Signal in die Welt gesendet. Als einziger Kanton wäre Schaffhausen den Unternehmern in einem berechtigten Anliegen, der reduzierten Dividendenbesteuerung, nicht mehr entgegengekommen.

Ein solches Ja hätte auch das Geschäft mit der Ansiedlung von ausländischen Gesellschaften gefährdet. Selbst wenn sie materiell von der Initiative nicht betroffen gewesen wären, hätten sich ansiedlungswillige Firmen wohl die Frage gestellt, welche unternehmerfeindlichen Schritte Schaffhausen als Nächstes in Angriff nehmen würde. Dabei sind diese Firmen schon genug verunsichert, weil die Schweiz – und auch der Kanton Schaffhausen – im Februar die Unternehmenssteuerreform III versenkt haben. Nun hat der Kanton Schaffhausen gezeigt, dass er seine KMU und Konzerne nicht völlig vergessen hat.

Abgelehnt sind die Steuerdiskussionen damit aber nicht. Beim kommenden Budget – und erst recht bei der Neuaufgabe der Unternehmenssteuerreform III – werden sich die gleichen Gräben zwischen links und rechts wieder auftun. Angesichts des gestrigen Volksmeins kann die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Parlament diesen Diskussionen allerdings ziemlich gelassen entgegensehen.

2018

Wir wehren uns gegen den Bau einer **Moschee** in Schaffhausen. Streitgespräch zwischen Pfarrer Finger und Erwin bei den SN.

Region

15 Samstag, 6. Oktober 2018

Im Notfall hilft der Nachbar aus
Ramsen will eine Wasserleitung nach Hemishofen bauen, um bei einer Verschmutzung reagieren zu können. / 23

Schaffhauser Nachrichten

Im Gespräch mit: Joachim Finger und Erwin Sutter

Eine anonyme Onlinepetition gegen die geplante Aksa-Moschee des Türkisch-Islamischen Vereins sorgt für Zoff unter Schaffhauser Christen. Im SN-Gespräch kreuzen ein Pfarrer und ein EDU-Politiker die Klingel.

«Sie sind undifferenziert» – «Sie naiv»

Mark Liebenberg (Text)
Michael Kessler (Bilder)

In einer Onlinepetition verlangen bislang gegen 12000 Unterzeichnende, dass die Stadt die Baubewilligung für den Türkisch-Islamischen Verein zum Bau einer Moschee am Schalterweg 10 in der Stadt Schaffhausen zurückzieht.

Herr Finger, eine Onlinepetition gegen die geplante Aksa-Moschee in Schaffhausen hat bei Ihnen für mächtigen Ärger gesorgt. Wieso?

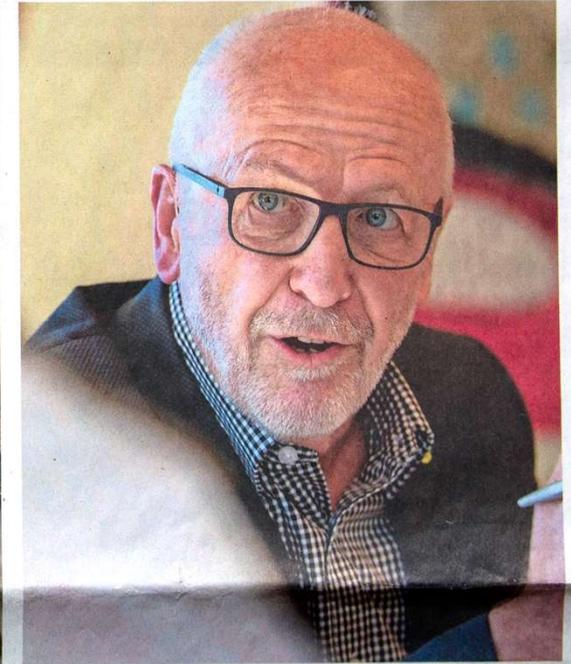
Joachim Finger: Weil sie anonym ist, weil sie sehr polemisch abgefasst ist und sachliche Unrichtigkeiten enthält. Die Baubewilligung ist erteilt, rechtlich einwandfrei. Das hat man zu akzeptieren. Es wäre schön, wenn in die ganze Islamdiskussion in Schaffhausen endlich Ruhe einkehren würde.

Würde es für Sie einen Unterschied machen, wenn zum Beispiel Herr Sutters EDU eine richtige Petition gemacht hätte?

Finger: Das hätte ich richtiger gefunden. Aber ich wäre inhaltlich natürlich immer noch anderer Meinung.

Herr Sutter, wieso haben Sie diese anonym verfasste Internetpetition unterzeichnet und auf sozialen Netzwerken geteilt – und nicht selbst eine verfasst?

Erwin Sutter: Es ist wichtig, dass man sich dazu äussern kann – auch wenn es vielleicht schon zu spät ist, leider. Mittlerweile sind es 12000 Menschen, die die Petition



Zwei Christen streiten über eine Moschee: Der Beringer Pfarrer Joachim Finger (l.) sagt: «Man kann nicht alle Muslime in einen Topf werfen.» Und EDU-Kantonsrat Erwin Sutter warnt: «Wir dürfen nicht aus lauter Toleranz zum Steigbügelhalter für religiösen Extremismus werden.»

2019

Die EDU lanciert mit anderen Organisationen das Referendum gegen das «**Zensurgesetz**».

Auch wir in Schaffhausen sammeln kräftig Unterschriften...

Referendum gegen die Änderung des Schweizerischen Strafbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

- **Minderheitenschutz braucht keine Zensur. Statt legitime Meinungen zu kriminalisieren und Klagewellen zu riskieren sagen wir: Nein zu diesem unnötigen Zensurgesetz!**
- **Bereits heute sind Hass und Diskriminierung in der Schweiz verpönt. Dazu braucht es keine Sprach- und Denkverbote. Darum Hände weg vom freien Wort!**

www.zensurgesetz-nein.ch



2019 NR-Wahlen: erstmals mit Zweitticket!



Liste 7

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Brigitte Bühler
Andreas Schnetzler
in den Nationalrat





unser Land

Schweizerpsalm

die Hymne

Trittst im Morgenrot daher,
Seh'ich dich im Strahlenmeer,
Dich, du Hoherhabener, Herrlicher!
Wenn der Alpenfirn sich rötet,
Betet, freie Schweizer, betet!
Eure fromme Seele ahnt,
Gott im hehren Vaterland.

D. Schmelzer

2020

Gesamterneuerungswahlen: alle Sitze werden gehalten!

Kantonsrat: gewählt sind die bisherigen **Andreas Schnetzler** und **Erwin Sutter**.

Stadt Schaffhausen: **Neu** gewählt wird **Sandra Schöpfer**.

Einwohnerratswahlen Neuhausen und Thayngen: die Bisherigen **Bernhard Koller** und **Manuela Heller** werden für eine zweite Periode wieder gewählt.



2020

Pressreaktion auf die Resultate der KR-Wahlen

Abstimmungen Resultate auf einen Blick

Eidgenössische Abstimmungen

Begrenzungsinitiative / 2

38,3% Ja, 61,7% Nein

3% Stände Ja, 17% Nein

Jagdgesetz / 3

48,1% Ja, 51,9% Nein

Vaterschaftsurlaub / 4

60,3% Ja, 39,7% Nein

Beschaffung Kampfflugzeuge / 5

50,1% Ja, 49,9% Nein

Kinderabzüge / 6

36,8% Ja, 63,2% Nein

Regionale Wahlen und Abstimmungen

Wahlen Kantonsrat / ab 17

Stadtschulrat / 21

Gewählt: Werner Bächtold, Angela

Penkov, Bea Will, Ernst Sulzberger,

Kirsten Brähler, Mariano Fioretti

Stadtpräsidium Stein am Rhein / 25

Gewählt: Corinne Ullmann

Stadtrat Stein am Rhein / 25

Gewählt: Ueli Böhini, Christian Gemperle,

Carla Rossi, Irene Gruhler Heinzer

MIT DEM VELO IN DEN ZUG

Die neuen SBB-Züge im Veloclinch

BERN. Es werden mehr Velos verkauft, es wollen mehr Velofahrer in die Züge. Doch nicht alle Züge sind praktisch für den Velotransport: vor allem die neueren Modelle erhalten schlechte Kritiken von Velofahrerinnen und Velofahrern. Der neue Gottard-Zug von Stadler, der «Giruno», hat zum Beispiel nur vier separate Veloplatze pro Komposition. (ste) / 11

BERGKARABACH

Südkaucasus: Der Konflikt eskaliert

BAKU/ERIWAN. Die Lage in der Unruhezone Bergkarabach ist gestern Vormittag nach heftigen Kämpfen zwischen den verfeindeten Nachbarn Armenien und Aserbaidschan eskaliert. Beide Seiten geben der jeweils anderen Partei die Schuld an den Gefechten. EU, Europarat, Deutschland und Frankreich fordern ein Ende der Kämpfe. (sda) / 12



In Feierlaune: Urs Capaul (links) und Roland Müller von den Grünen.

BILD ROBERTA FELE

Grüne, GLP und EVP legen zu, SVP, FDP und SP verlieren Sitze

Die drei grössten Schaffhauser Parteien bleiben auf ihren Spitzenplätzen, büssen aber allesamt Wähleranteile ein. Grüne und GLP sind neu mächtig genug für eigene Fraktionen.

Zeno Geisseler

SCHAFFHAUSEN. Nach dem Erfolg der SP bei den Regierungswahlen vor einem Monat schlug gestern die Stunde der Grünen und der Grünliberalen: Sie legten bei den Kantonsratswahlen um drei beziehungsweise um einen Sitz zu. Auch die christliche Kleinpartei EVP konnte einen Sitz gewinnen.

Die SP und Juso verloren je einen Sitz an die GLP und die Grünen, die FDP gab je ein Mandat an die EVP und die Grünen ab, gewann aber den einzigen Sitz der Jungfreisinnigen, während die SVP einen Sitz an die Jungen Grünen abgeben musste.

Mit ihren Untergruppen kommt die SVP neu auf 20 Sitze, sie bleibt damit nach wie vor die wählerstärkste Partei im Kanton. Die SP ist

Auf einen Blick
Der neue Kantonsrat

SVP	16 Sitze	-1
SP	12 Sitze	-1
FDP	8 Sitze	-1
GLP	5 Sitze	+1
AL	4 Sitze	-
Grüne	3 Sitze	+1
Junge Grüne	2 Sitze	+2
EDU	2 Sitze	-
CVP	2 Sitze	-
EVP	2 Sitze	+1
Junge SVP	1 Sitz	-
SVP Agro	1 Sitz	-
SVP KMU	1 Sitz	-
CVP Seniores	1 Sitz	-
JFSH	0 Sitze	-1
Juso	0 Sitze	-1

mit ihren 12 Sitzen weiter auf Platz zwei, die FDP kommt mit ihren 8 Sitzen unverändert auf den dritten Platz.

Die Grünen/Jungen Grünen und die GLP wiederum sind neu nun stark genug, um auch ohne Allianzen mit anderen Parteien Fraktionen zu bilden und somit in den wichtigen kantonsrätlichen Kommissionen Einsitz zu nehmen. «Das wird eine neue Dynamik in den Kantonsrat bringen», sagte Christoph Hak (GLP).

Stark, aber nicht in der Regierung

Roland Müller von den Grünen meinte zu den Einbussen der Regierungsparteien und den Gewinnen der Grünen und Grünliberalen: «Die Regierung muss sich nun in ihrem Tun bewusst werden, dass ganz viele Gruppen in der Gesellschaft in ihr nicht vertreten sind.» SVP-Präsident Walter Hotz machte hingegen auf Schadensbegrenzung: «Wir sind froh, dass wir nur einen Sitz verloren haben.»

Die Wahlbeteiligung lag bei 56,9 Prozent, in fünf Gemeinden lag sie gar bei über 70 Prozent. / 17

Kommentar

Jetzt ist mehr Konsens im Rat gefragt

Die grünen Parteien sind die Sieger des gestrigen Tages: Die Stimmberechtigten stärkten ihr Lager und sorgen dafür, dass GLP, Grüne und Junge Grüne künftig insgesamt zehn Sitze im Rat besetzen. Damit wiederholt sich in Schaffhausen ein Muster, das bereits bei den nationalen und kantonalen



Robin Blanck
Chefredaktor

robin.blanck@shn.ch

«Die bürgerlichen Parteien verfügen nicht mehr über eine klare Mehrheit.»

Wahlen zu beobachten war: Ökologie steht bei den Wählern hoch im Kurs. Verlierer des Wahltages ist das bürgerliche Lager, das insgesamt drei Sitze abgeben muss, zu den Verlierern gehören auch SP/Juso, die wie FDP/Jungfreisinn je ein Mandat einbüßen. Aber: Betrachtet man die gegen links tendierende Ausrichtung der Grün-Parteien, so kann ihr Sitzgewinn eher dem links-grünen Lager zugeschlagen werden – nicht ohne Folgen: Anders als in der Vergangenheit verfügen die bürgerlichen Parteien nicht mehr über eine klare Mehrheit im Rat; zusammen kommen SVP, FDP und EDU exakt auf die Hälfte der 60 Sitze. Für eine Mehrheit sind sie auf die Kleinparteien EVP und CVP mit je zwei Mandaten angewiesen, die in der neuen Konstellation zum «Zünglein an der Waage» avancieren könnten. Gleichzeitig bringt es auch Linksgrün mit 26 Sitzen nicht zu einer Mehrheit, sondern benötigt die Kleinparteien nur schon, um den Bürgerlichen die Stirn zu bieten.

Fazit: Die Stimmenden haben der Ökologie gestern mehr Raum eingeräumt, das Parlament aber nicht völlig neu ausgerichtet. Für Mehrheiten sind beide Seiten künftig stärker auf breit abgestützte Lösungen angewiesen: Stärker gefragt ist die Fähigkeit, einen Konsens auszuhandeln zu können. Politik im Kantonsrat wird in den kommenden vier Jahren anspruchsvoller, entscheidend aber ist, was dabei für den Kanton herauskommt: eine Politik, die dem Willen der Mehrheit entspricht.

2021

Vorstand



2021

Unsere Plakate zur
Volksabstimmung vom 7.
März zum
(«Verhüllungsverbot»)
werden von Chaoten massiv
angegriffen.

Wir erheben Strafanzeige,
der Täter wird ermittelt und
gebüsst!



2021

Erwin Sutter tritt nach 26-jähriger Amtszeit als Präsident der Schaffhauser EDU zurück.

Auch die Presse nimmt davon Notiz. Hier die SN mit einem Artikel von Zeno Geisseler...

Porträt

Die meisten Parteipräsidentinnen und -präsidenten üben ihr Amt nur ein paar Jahre lang aus. Bei Erwin Sutter von der EDU sind es ganze 26 Jahre geworden. Er sei in die Politik eingestiegen, sagt er, um Gott zu dienen.

«Wir sind Politiker, keine Prediger»

Zeno Geisseler

Die EDU ist Erwin Sutter. Erwin Sutter ist die EDU. 26 Jahre lang hat der Chemiker die christlich-konservative Schaffhauser Kleinpartei geführt, vom März 1995 bis im Juni 2021. Was hat ihn dazu gebracht, mehr als ein Vierteljahrhundert lang ein Amt auszuüben, das viele als Knochenjob bezeichnen und das sich politisch kaum und finanziell ganz sicher nicht auszahlt?

«Die 26 Jahre waren definitiv nicht so geplant», sagt Erwin Sutter mit einem Lächeln und in einem auch nach vielen Schaffhauser Jahren unüberhörbaren Stadtzürcher Dialekt. Er war in den Siebzigerjahren nach Schaffhausen gezogen, wegen eines Jobs bei Alusuisse.

Wir sitzen bei ihm zu Hause auf der Schaffhauser Breite, im Garten eines perfekt gepflegten Heims mit vielen Familienfotos. Beim Esstisch steht ein Baby-Hochstuhl. Die Sutters haben drei Kinder und acht Enkelkinder, ein neues ist unterwegs. «Eigentlich wollte ich das Präsidium schon länger abgeben», sagt der 74-Jährige. Aber Partei und Parlament sind für ihn mehr als nur ein Hobby. «Ich bin in die Politik eingestiegen, um Gott zu dienen», sagt er. «Es geht da nicht um mich. Es braucht Christen in der Politik.» Er selbst gibt zwar das Parteipräsidium ab, engagiert sich aber weiter im Vorstand und behält auch sein Mandat im Kantonsrat.

1995 übernimmt der damals 47-Jährige eine Partei, die politisch bedeutungslos ist und kriselt. Doch schon ein Jahr später gewinnt Sutter für die Eidgenössisch-Demokratische Union ein erstes Mandat, einen Sitz im Schaffhauser Stadtparlament. 2008 wird er in den Kantonsrat gewählt, 2012 holt die Partei einen zweiten Sitz im Kantonsparlament, den sie bis heute hält. Bei den Wahlen 2020 kommt die EDU auf einen Wähleranteil von 3,35 Prozent. Das ist nichts verglichen mit ihrer langjährigen Fraktionspartnerin, der SVP, doch nicht schlecht für eine Gruppe mit rund 70 aktiven Mitgliedern und einem politischen Programm, das mit Schweizerkreuz und Bibelreue doch eher ein schmales Wählersegment anspricht.

Die EDU steht wie kaum eine andere Partei auf einer religiösen Basis. Sie rekrutiert sich vor allem aus freikirchlichen Kreisen, Sutter etwa ist Mitglied der Chrischona-Gemeinde. «Gottes biblische Anweisungen sind die wertvollsten, konstruktivsten und nachhaltigsten Grundlagen für alle Lebensbereiche», heisst der erste Grundsatz auf der Website der EDU.

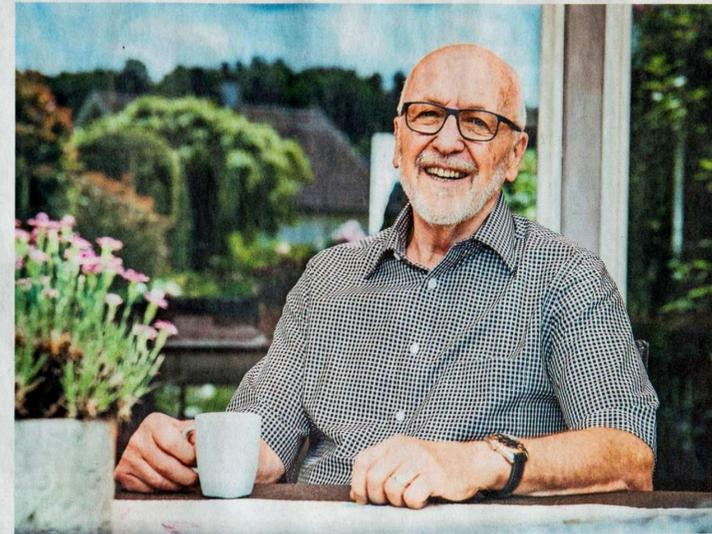
Anweisungen für alle Lebensbereiche? Nehmen wir das beim Wort. «Welche biblischen Anweisungen», fragen wir, «gibt es

zum Duraduct?» Sutter lacht. «Keine. Ganz so einfach ist es nicht mit der Politik und dem Christentum.» Die Bibel sei eben nicht einfach ein Nachschlagewerk für die Schweizer Lokalpolitik, es brauche für solche Entscheide auch Herz und Verstand.

Aber was ist mit ganz direkten, klaren Statements? «Du sollst nicht töten», zum Beispiel? Die EDU lehnt daraus eines ihrer Kernthemen ab, die klare Ablehnung von Abtreibungen. Für den Kauf von Kampfpfeils war schwierig», sagt Sutter. «Aber die Schweiz hat keine Angriffsarmee, sondern eine zur Selbstverteidigung. Es wäre unchristlich, sein eigenes Hab und Gut nicht zu verteidigen. Der Staat hat ein Schwert in der Hand, keinen Teddybären, er muss für Ruhe und Ordnung sorgen.»

«Er stellt unangenehme Fragen»

Im Kantonsrat kommt Sutter mit seiner Art gut an. Nihat Tektas von der FDP wurde 2008 zusammen mit dem EDU-Mann in das Parlament gewählt. «Ich erlebe ihn als respektvollen und soliden Kantonsrat, der seinen Prinzipien treu geblieben ist», sagt



Erwin Sutter

Erwin Sutter (*1947) ist einst aus beruflichen Gründen von Zürich nach Schaffhausen gekommen. Hier hat er die kantonale EDU während Jahrzehnten aufgebaut, geführt und geprägt. Sutter ist Dipl. Chemiker HTL. Er ist pensioniert und lebt mit seiner Frau Elisabeth in der Stadt Schaffhausen.

Keine Bibelzitate am Rednerpult? Erwin Sutter. BILD: ROBERTA FELE

«Welche biblischen Anweisungen gibt es eigentlich zum Duraduct?», fragen wir Erwin Sutter. Er lacht und sagt ... «Keine.»

er. «Klar, in gesellschaftspolitischen Fragen gehen wir zum Teil sehr weit auseinander.» Aber die Diskussionen mit ihm seien stets konstruktiv und sehr anständig. «Ich würde mir wünschen, dass es mit anderen auch so wäre», sagt Tektas. Für Sutter 26 Jahre an der Spitze der EDU zollt er ihm Respekt. «Man macht sich als Parteipräsidium intern wie extern nicht nur beliebt», sagt Tektas, der selbst als FDP-Präsident harte Jahre mit parteiinternen Unstimmigkeiten erlebte. «Die EDU hatte es aber auch einfacher, weil sie zum Beispiel nie Kandidaten für Exekutivwahlen aufstellen musste.»

«Erwin», sagt SVP-Fraktionschef Peter Scheck, «ist ein topspieler Mensch. Er ist immer bestens vorbereitet. Es gibt wenige in der Fraktion, die alle Dossiers so gut studieren wie er. Er ist ein kritischer Geist, er stellt auch unangenehme Fragen. Und er hat Verständnis, wenn eine Mehrheit bei einem Thema mal Nein sagt.» In einer anderen Partei, und wenn er das gewollt hätte, sagt Scheck, hätte Sutter durchaus Regierungsrat werden können.

Das Christliche, das Sutters Leben so bestimmt, drückt bei seinen Voten im Kan-

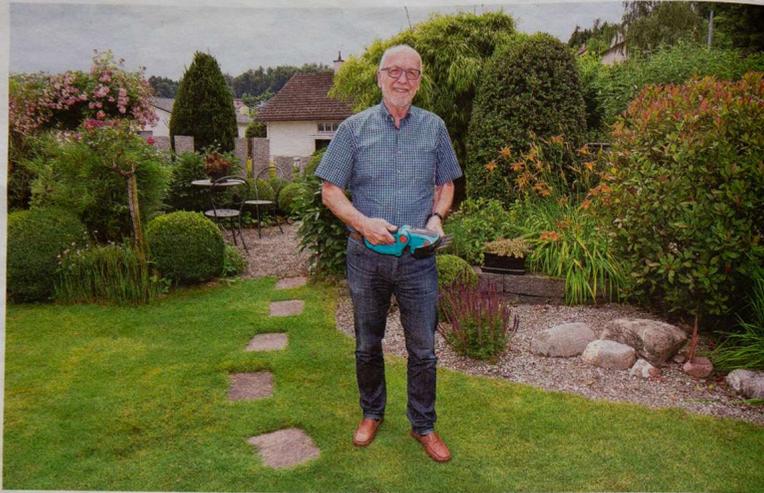
tonsrat kaum je durch. Bibelzitate am Rednerpult? Nicht bei ihm. «Wir sind Politiker, keine Prediger», sagt er.

Andreas Schnetzler, der zweite EDU-Kantonsrat, bestätigt dies. «Man ist als Christ unterwegs, aber gewählt als Politiker.» Das Christliche werde in anderen Punkten sichtbar, zum Beispiel, dass man jene, die anders dächten, nicht einfach abschreibe. Zudem seien Ethikfragen im Kanton viel weniger ein Thema als auf nationaler Ebene, wo man sehr froh sei über die Zusammenarbeit mit der SVP. Diese vertrete auch die Werte der EDU konsequent, sagt Schnetzler.

Offen sein, doch Grenzen ziehen

Zu diesen gemeinsamen Werten gehört die nationale Souveränität der Schweiz. «Das Kreuz im Schweizer Wappen ist nicht alleine ein christliches Symbol, sondern steht auch für eine Offenheit in alle Himmelsrichtungen. Es war nie die Meinung der EDU, dass die Schweiz in einem grossen Europa aufgehen solle», sagt Sutter. «Die Schweiz ist ein offener Staat, mit offenen Grenzen, aber eben doch mit Grenzen.»

...und auch die AZ schreibt durch Luca Miozzari einen wohlwollenden Artikel.



Wer zum Schwert greift, der soll seinen Garten pflegen (frei nach Matthäus 26, 52): Erwin Sutter und sein Lieblings-Gartengerät.

Peter Pfister

«Jesus wurde auch abgelehnt»

RÜCKTRITT Erwin Sutter war 26 Jahre der Frontmann der Schaffhauser EDU. Woher kommt der Erfolg? Und wie geht es weiter?

Luca Miozzari

Eines Nachts, erzählt er uns, fiel Erwin Sutter im Schlaf eine Bibel auf den Kopf. Wir schmunzeln. Nein, er meine das ernst, sagt er. Das sei wirklich passiert.

Manchmal ist man sich nicht so ganz sicher, was bei Erwin Sutter Fakt ist, und was Fiktion. Was Glaube, was Realität, oder was gar politisches Kalkül sein könnte. Gerade weil er sich so wissenschaftlich, rational gibt. Einfühlsam, zuvorkommend, ausgesprochen nett. Das Jonglieren zwischen bekehren und überzeugen, zwischen Christ und Politiker – er hat es perfektioniert in seinen 26 Jahren als Parteipräsident. 26 Jahre, in denen Sutter die Schaffhauser EDU zu Sitzen im städtischen und kantonalen Parlament und zu erstaunlichen Achtungserfolgen bei Nationalratswahlen geführt hat. Unter seiner Ägide hat sich die Mitgliederzahl verdreifacht. Eine seit Jahren stabile Wählerbasis verschafft der christlich-konser-

vativen Kleinpartei eine Stimme im Kanton. Man kann kaum über die Schaffhauser EDU sprechen, ohne Erwin Sutter zu sagen.

Anfang des Monats hat er sein Präsidialamt an Doris Gasser aus Hallau abgegeben. Im Kantonsrat, wo er mit 74 der Älteste ist, will er bleiben. Doch ob er in drei Jahren nochmal antritt, lässt er offen. Langsam aber sicher bewegt sich Sutter in Richtung Ruhestand. Eine Ära geht zu Ende. Wer ist dieser Mann, der die EDU von einer kleinen «Ständeler-Partei» aus dem Chläggi zu einer respektierten politischen Kraft gemacht hat? Woher kommt der Erfolg? Und was macht die Schaffhauser EDU ohne ihren Frontmann?

Als die Bibel auf Sutters Kopf fiel

Die Nacht, in der Erwin Sutter eine Bibel auf den Kopf fiel, sie muss irgendwann Mitte der 60er-Jahre gewesen sein. «Ich war 16 oder 17

Jahre alt und hatte eine Krise», erzählt er. Wir sitzen auf dem Sitzplatz in Sutters Garten auf der Breite und trinken hausgemachten Holunderblütensirup, den uns seine Frau serviert hat. Es nieselt leicht auf den gestreiften Sonnensternen über uns und auf die perfekt kugelförmig geschnittenen Büsche um uns herum. «Ich wusste nicht wohin mit meinem Leben», sagt er. Gläubig sei er damals noch nicht gewesen, aber das Beten habe er als Kind in der Sonntagschule gelernt. Und so bat er Gott an diesem Abend um eine «Wegweisung». In der Nacht sei dann auf wundersame Weise eine Bibel aus dem Büchergestell am Kopfende seines Betts gepurzelt. Genau auf seinen Kopf. «Eine Seite war aufgeschlagen und ich las einen Vers über Jesus. Ich weiss nicht mehr, welcher es war, aber es war ein starker Vers.» Heute ist sich Erwin Sutter sicher: Das war Gottes Werk. Damals, so sagt er, wollte er es nicht wahrhaben. «Ich war feige und habe Nein gesagt.» Er studierte Chemie, heiratete, lebte ein «normales» Leben. Bis

Sutter zu einem überzeugten Christen wurde sollten noch Jahrzehnte vergehen.

Ein Jahr Mitglied und schon Präsi

Spurn ins Jahr 1994. Wieder eine Krise. Diesmal betrifft es nicht Sutter, sondern die Schaffhauser EDU, die damals 20 bis 30 Mitglieder zählt. Werner Scherrer, Mitgründer der EDU Schweiz und damals Nationalrat, kommt nach Schaffhausen und sorgt für Furore. Er verkündet: Der bisherige Parteipräsident wird nach einem Skandal wegen Rufschädigung aus der EDU ausgeschlossen. Details will Erwin Sutter keine nennen. Man habe mit der Geschichte abgeschlossen.

Sutter, damals noch nicht Mitglied, war an besagter Versammlung anwesend. Nach diesem Paukenschlag habe Werner Scherrer ins Vakuum hineingefragt: «Und? Wer macht mit?» An diesem Tag wurde Sutter Teil der Schaffhauser EDU, ein Jahr später Präsident.

Nocheinmal ein Jahr später, 1996, führt er die EDU zu einem ersten Wahlerfolg: Er zieht in den Grossen Stadtrat ein. Sutter geht kurz ins Haus und kommt mit einem blauen Papier wieder in den Garten. Es ist einer der Wahlflyer, die ihm damals zum Sieg verholfen hatten. «Erkennen Denken Umkehren» steht in der Überschrift des mit Microsoft-Word-Gimmicks gespickten Dokuments, ganz unten der Satz: «Wir bauen auf Fels...!» Dazwischen die Wahlversprechen und Forderungen.

Mit heutigen Wahlbroschüren hat das Blättchen von 1996 nicht viel zu tun. Es würde wohl direkt im Altpapier landen. Damals war es State of the Art und offenbar sehr überzeugend. «Wir haben frischen Wind reingebbracht, unser Image umgestaltet», erinnert sich Sutter. Dass er alleine die EDU zum Erfolg geführt habe, davon will er aber nichts wissen. «Ich war der Frontmann ja, aber ich hatte immer einen funktionierenden Vorstand im Rücken.

Den Sitz im Grossen Stadtrat hat die EDU seither nicht mehr abgegeben. 2008 kam ein Sitz im Kantonsrat dazu, 2012 ein zweiter. 2011 kandidierte Sutter für den Nationalrat und landete auf dem sechsten Platz, sein Parteikollege Andreas Schnetzler vier Jahre später auf dem vierten. Und das mit einer Wählerschaft, die seit Jahren bei knapp 1000 Menschen liegt.

Auffällig: Das entspricht ziemlich genau dem Bevölkerungsanteil, der in Freikirchen engagiert ist – je nach Schätzung zwischen 1,5 bis 3 Prozent. Ist das also das Konzept der EDU – die Nische nutzen und die freikirchlichen Wähler abholen? «Ich weiss auch von SP-Wählern, die mich auf ihre Liste schreiben», sagt Sutter, der selbst Sonntag für Sonntag die Christhona besucht, «aber es stimmt schon,

wir richten unsere Politik stark nach den Bedürfnissen der Freikirchen aus.» Es sei beruhigend zu wissen, quasi Stimmen «auf sicher» zu haben, aber er betont: «Man muss auch hinsehen und kandidieren, etwas machen.»

Zwischen Freikirche und Parlament

Die meisten Forderungen auf dem blauen Blättchen von 1996 sind nicht überraschend: Politik auf Basis christlicher Ethik, Schutz von Ehe und Familie, keine Heiratsstrafe – das steht so auch im heutigen Poliprogramm der Schaffhauser EDU. Spannend sind zwei andere Punkte: «Einführen eines Bonusystems für Firmen, die gesellschaftlich Benachteiligte in den Arbeitsprozess integrieren» und «Arbeitslosen und ausgesteuerten Menschen sollen neue Möglichkeiten für sinnvolle Arbeiten geschaffen werden». Spannend deshalb, weil sie staatliche Subventionen bedeuten. Und weil sie von einer Partei kommen, die sich unter

«Wir richten unsere Politik nach den Freikirchen aus»

Sutter stets für einen schlanken Staat, tiefe Steuern und tiefe Ausgaben eingesetzt hat. «Die Bibel betont klar die Eigenverantwortung der Menschen. Deshalb setze ich mich gegen einen überbordenden Staat ein», sagt Sutter. Mit den Forderungen von 1996 sieht er das nicht im Widerspruch. «Wir sagen nicht, dass der Staat nicht eingreifen darf. Es ist alles eine Frage des Masses.»

Die klar wirtschaftsliberale Ausrichtung mit einer gewissen Flexibilität – sie ist sicher einer der Gründe, wieso die EDU politischen Erfolg hat in Schaffhausen. Sie sorgt für Allianzen im Parlament. Sutter der Realpolitiker: Vertreter aus SVP und FDP loben ihn in den höchsten Tönen, als die SN vor zwei Wochen Stimmen zu seinem Rücktritt einholten.

In gesellschaftlichen Themen hingegen zeigt sich der andere Erwin Sutter. Der kompromisslose Hardliner. «Die Familie ist eine Vorgabe Gottes, daran dürfen wir nichts ändern», sagt er 2008 im Grossen Stadtrat, als es um Kita-Subventionen ging. Oder zum Lehrplan 21 gab er der AZ 2015 folgenden Satz zu Protokoll: «Heute wird absolute Toleranz gefordert und zu einer Ideologie hochstilisiert. Das beschneidet die Meinungsfreiheit.»

Es ist wohl diese Kombination zwischen Flexibilität in der Realpolitik und erkono-

servativen Werten, welche die Ära Sutter zu einem Erfolg gemacht haben. Ersteres brachte Mehrheiten im Parlament, das konservative Beharren sicherte eine stabile Wählerbasis in freikirchlichen Kreisen.

Vom Glauben überzeugt hat Erwin Sutter nicht die Bibel auf seinem Kopf, sondern die Wissenschaft. Als in den 80er-Jahren zuerst seine Frau und dann er mit evangelikalen Kreisen in Kontakt kamen, so erzählt er, begann er die Evolutionstheorie zu hinterfragen. Er las Bücher von Kreationisten wie dem britischen Chemiker Ernest Wilder Smith, der auf molekularer Ebene gegen die These der spontanen Entstehung des Lebens argumentierte. «Das war genau mein Fachgebiet und ich kam zum Schluss: Die Schöpfung kann nicht durch Zufall entstanden sein. Dahinter steckt ein Plan.» Er zeigt auf die Couch, die hinter uns im Wohnzimmer steht. «Hier habe ich mein Leben Jesus übergeben.»

Der nächste grosse Kampf

Seither kämpft er für das, was er für eine christliche Gesellschaft hält: die traditionelle Familie ohne «Genderwahn». Aber ist das nicht ein Kampf gegen Windmühlen? Religion spielt immer weniger eine Rolle, alternative Lebensformen sind zunehmend akzeptierter, und im Herbst wird das Schweizer Stimmvolk wohl für die «Ehe für alle» stimmen. «Manchmal fühlt es sich tatsächlich so an. Aber ich bin es gewohnt, Schlachten zu verlieren. Deshalb gebe ich noch lange nicht auf. Auch Jesus wurde vom Volk abgelehnt.»

Den Entscheid, als Präsident zurückzutreten, habe er bereits vor sechs Jahren gefällt. Doch erst mit Doris Gasser habe sich jemand gefunden, die sein Amt übernehmen will. Sie ist erst drei Jahren in der Partei, hat kein Mandat und ist bisher politisch eher unbekannt. Sutter setzt grosse Hoffnungen in sie. «Doris denkt in den meisten Themen sehr ähnlich wie ich und ist hochmotiviert.»

Bis sich Erwin Sutter ganz aus der Politik zurückzieht wird es wohl noch ein paar Jahre dauern. Noch sprüht er vor Energie. Und mit dem Referendum gegen die «Ehe für alle» steht ein intensiver Abstimmungskampf bevor. «Die Ehe ist schützenswert, weil sie staats-erhaltend ist. Denn sie garantiert den Nachwuchs», sagt er.

Wie es mit der EDU unter der neuen Präsidentin weitergeht, bleibt abzuwarten. Wenn die Partei ihren Einfluss behalten will, empfindet es sich wohl, Sutters Rezept beizubehalten: Bürgerlich, Gesprächs- und Kompromissbereit; aber knallhart, wenn es darum geht, das Schwert Jesu zu zücken.

2021

Parteitag vom
12. Juni in
Neuhausen mit
der Wahl von
Doris Gasser
(Hallau) als
neue
Präsidentin.



2021

Parteitag vom
12. Juni in
Neuhausen mit
der Wahl von
Doris Gasser
(Hallau) als
neue
Präsidentin.



2021

Parteitag vom
12. Juni in
Neuhausen:
Schlüsselübergabe
an Doris Gasser



2021

Das Referendum gegen die «**Ehe für alle**» kommt zustande! Das Volk kann entscheiden.

Auch mit tatkräftiger Mitwirkung der EDU Schaffhausen!



2021

Wir kämpfen aus allen Rohren gegen die Vorlage zur
«Ehe für alle»

Vlnr.: Samuel Erb (SVP),
Hugo Bosshard (EVP),
Doris Gasser (EDU),
Andreas Schnetzler (EDU),
Gregor Schweri (CVP)



2021

Leider verlieren wir trotz allem Einsatz die Abstimmung zur «Ehe für alle» mit 64.1%.

Hier ist Andi Schellenberg beim Plakatieren.



2023

Nationalratswahlen mit
Reinhard Gasser (Hallau).
Danke Reinhard, dass du
die EDU mit viel Einsatz
vertrittst!

WARUM REINHARD?

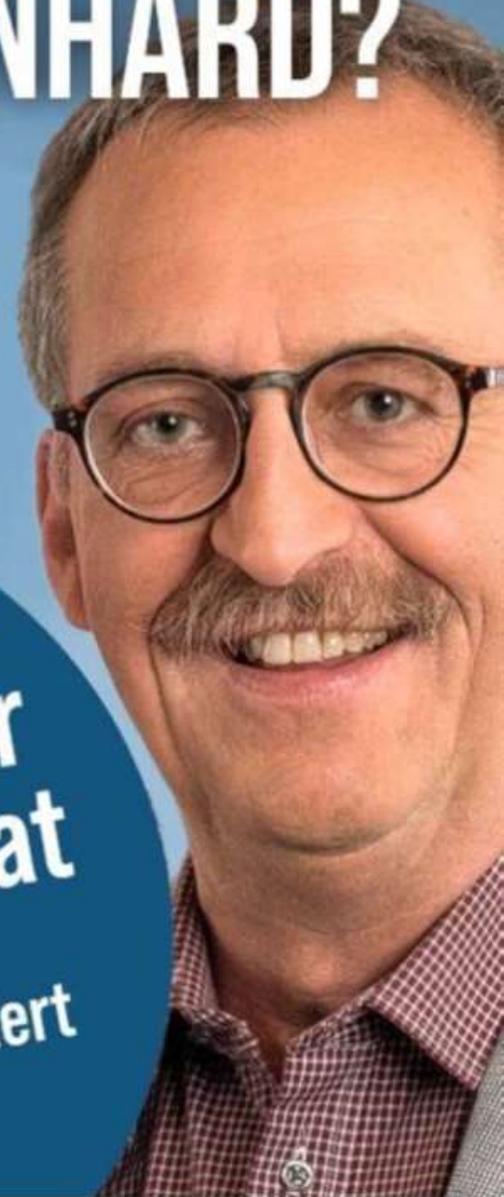
Antwort siehe:
www.edu-ch.ch



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Der Wahrheit verpflichtet
Reinhard Gasser
in den **Nationalrat**

Liste **8** unverändert



2023

Die EDU ist die einzige Partei, die zur Verschärfung der Bedingungen fürs Homeschooling die Nein-Parole beschliesst. Das Abstimmungsergebnis mit 40% Nein ist unter diesen Voraussetzungen ein Achtungserfolg.

Schulgesetz wird gutgeheissen

Mit rund 60 zu 40 Prozent der Stimmen hat die Teilrevision des Schulgesetzes vor der Kantonsbevölkerung klar Gefallen gefunden. Für die Gegner der Vorlage ist das Ergebnis angesichts der breiten Zustimmung aus fast allen Parteien dennoch ein Achtungserfolg.

Tobias Bolli

Gejubelt haben am Sonntag nur die Verlierer: Den Politikern, zu Hause unterrichtenden Eltern und einer Schar von dort beschulten Kindern fiel das Lächeln – und auf Kommando sogar das Jubilieren – für ein Gruppenfoto nicht allzu schwer. 39,9 Prozent der Kantonsbevölkerung konnten sie gegen die Teilrevision des Schulgesetzes mobilisieren, zumindest ein Achtungserfolg angesichts der parteiübergreifenden Zustimmung zum Gesetz (nur die EDU hatte sich dagegen ausgesprochen, im Kantonsrat aber zusammen mit allen anderen Politikern dafür gestimmt). Nicht nur in kleineren Landgemeinden konnten die Gegner Stimmen holen – Oberhallau erteilte dem Schulgesetz als einzige Gemeinde mit 70:87 Stimmen eine Abfuhr, Beggingen blieb mit 105:105 Stimmen unentschieden. Auch in Neuhausen war die Skepsis gegenüber der Vorlage verbreitet. 1249 Stimmberechtigte sprachen sich für das Schulgesetz aus, 1099 waren dagegen.

Überraschend knapp war das Resultat auch in der drittgrössten Gemeinde des Kantons: 1050 Stimmberechtigte votierten in Thayngen für das Schulgesetz, 1032 stimmten dagegen. Auf Messers Schneide stand das Schulgesetz nicht zuletzt in diversen Landgemeinden wie Blittenhardt (83:81), Hemishofen (104:93), Trasadingen (106:92) und Schleithelm (302:278). Dem Referendumskomitee dürfte in die Hände gespielt haben, dass die Stimmbeteiligung mit rund 57 Prozent sehr tief ausfiel. Wie erwartet, schafften es die Gegner letzten Endes aber doch nicht, eine Mehrheit zu überzeugen. Schwer in die demokratische Waagschale warfen sich die Stimmberechtigten in der Stadt Schaffhausen. Mit 7404 Ja-Stimmen konnten die Befürworter fast eine Zweidrittelmehrheit erringen; nur 3858 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnten die Vorlage ab.

Qualifikation erforderlich

Nach der Umsetzung des Volksentscheids wird der private Unterricht zu Hause ohne Lehrdiplom nicht länger möglich sein. Derzeit werden 35 Kinder in 21 Familien privat beschult. Etwa zwei Drittel der Lehrpersonen besitzen kein anerkanntes Diplom. Die fünf Privatschulen im Kanton werden ihre Finanzen offenlegen und ebenfalls anerkannte Lehrdiplome für ihre Lehrkräfte nachweisen müssen. Weiter werden mit der Annahme des Gesetzes allen privat beschulten Kindern kantonale Angebote wie Beratungen oder Therapien offenstehen.



Künftig werden Eltern ein Lehrdiplom haben müssen, wenn sie ihre Kinder zu Hause unterrichten wollen.

BILD KEY

«Erhofft habe ich mir eigentlich eine Zweidrittelmehrheit.»

Bruno Müller
Kantonsrat SP

Reaktionen Bruno Müller (SP) und Erwin Sutter (EDU)

«Erhofft habe ich mir eigentlich eine Zweidrittelmehrheit», sagt Kantonsrat Bruno Müller, der sich an vorderster Front für das Schulgesetz eingesetzt hat. Es lasse sich nicht verneinen, dass die Gegner mit dem nun vorliegenden Ergebnis einen



«respektablen Erfolg» erzielt hätten. Er habe während des Wahlkampfs aber immer betont, dass das Resultat trotz eindeutiger parteiübergreifender Mehrheiten noch nicht in trockenen Tüchern sei. «Gleichzeitig gibt es immer etwa 20 bis 25 Prozent, die grundsätzlich fast alle Vorlagen ablehnen.» Der Unterricht zu Hause werde mit Annahme des Gesetzes nicht verunmöglicht. Eltern, die trotz des Entscheids nicht auf Homeschooling verzichten wollen, könnten sich zusammenschliessen und Lerngruppen bilden. «Rein rechnerisch gesehen wären genug Lehrdiplome vorhanden.» (tbo)



EDU-Kantonsrat Erwin Sutter zeigt sich trotz der Niederlage äusserst zufrieden mit dem Resultat: «Ein sensationelles Ergebnis, meine Erwartungen lagen viel tiefer.» Die Bevölkerung habe die Anliegen der kleinen Minderheit der Homeschooler offenbar ernst genommen – im Gegensatz zum Kantonsrat und der zuständigen Kommission, die während der Vernehmlassung leider kaum Interesse für die Perspektive der Gemeinschaft gezeigt hätten. «Ich hoffe nun, dass der Regierungsrat, bevor er den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt, mit den betroffenen Leuten noch redet.» Er wünsche sich, dass den betroffenen Eltern genügend Zeit gegeben werde, um sich auf die veränderten Rahmenbedingungen vorzubereiten. (tbo)

2024



Wahlkampf inkl. Unterschriftensammlung für unsere **Verkehrsfluss-Initiative** mit Stefan Müller, Erwin Sutter, Giuseppe Caggegi, Reto Benz

2024

Gesamterneuerungswahlen:

Alle Sitze werden gehalten. Im **Kantonsrat** gibt es aber einen Wechsel:

neu wird Sandra Schöpfer gewählt, die den Sitz von Erwin Sutter übernimmt, der insgesamt 28 Jahre in kommunalen Parlamenten Einsitz hatte, davon 16 Jahre im Kantonsrat.

Sandra übt ab 2025 ein Doppelmandat aus: Kantonsrat und Grosser Stadtrat



2025

Neujahrstagung
«Strategietag» im
Restaurant Alp
Babental.

Der ganze
Vorstand ist
anwesend.



2025

April: Jubiläum 40 Jahre EDU Schaffhausen



... auf zur Albatros!